

Juni 2010

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 62 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 5

Schutz für Euro
und Griechenland

ARBEIT SEITE 14

Rohstoffe müssen
bezahlbar sein

BEZIRK SEITE 28



Jetzt
das Ruder
rumreißen

KURSwechsel
FÜR DEUTSCHLAND

Aktuell

Euro-Krise: Die Spekulation gegen Griechenland und den Euro verängstigt viele Bürger Europas. Diese Krise muss nun endlich zu einem Ausgangspunkt für einen Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen Integration werden. **Auf Seite 5 »**

Arbeit

Rohstoffmarkt: Die Spekulation mit Eisenerz gefährdet den Aufschwung in der Stahlindustrie und damit viele Arbeitsplätze. Mit dem Duisburger Appell machen Belegschaften dagegen mobil. **Auf den Seiten 14 und 15 »**

Titelthema



Jetzt einen Kurswechsel: Wirtschaft, Finanzmärkte und Politik sind vom Kurs abgekommen. Wie wir es zu einer stabilen sozialen, marktwirtschaftlichen Demokratie schaffen können, beschreibt Berthold Huber in »Kurswechsel für Deutschland – die Lehren aus der Krise«. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Leben

Mit Energie gegen Atomenergie: Metallerin Franziska Brauer aus Itzehoe war bei den Protestaktionen gegen Atomkraft dabei – mit einer mutigen Aktion: Sie sprang zum ersten Mal mit einem Fallschirm und landete vor der Menschenkette. **Auf Seite 24 »**

Chancen

Chance für Schulmuffel: Durch einen IG Metall-Tarifvertrag erhalten schwächere Schulabgänger in Nordrhein-Westfalen die Chance auf eine gute Ausbildung. Gut für die Schulabgänger und gegen den Fachkräftemangel. **Auf Seite 26 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Dettel Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Leser-Telefon:
0800-446 38 25

Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwortl. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb,
Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-66 93-22 24,
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de
Anzeigen: Petra Wedel,
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de

Titelbildgestaltung: Gudrun Wichelhaus

GLEICHE ARBEIT? GLEICHES GELD! GLEICHE

metallzeitung 5/2010, Leiharbeit erwacht aus der Krise

Keine Zukunftsplanung in Aussicht

»Auch ich und meine Zukunftsplanung sind vom Thema ›Leiharbeit‹ betroffen. Es ist nicht mehr möglich, sich trotz solider Ausbildung (Industriemechaniker, CNC-Fachkraft) ein ganz normales Leben aufzubauen, wie es die Generation meiner Eltern konnte. Denn bei Dumpinglöhnen und ständig nur befristeten Verträgen ist dies schlicht unmöglich. Daher meine Forderung: Kein Stundenlohn für einen Facharbeiter unter 15 Euro und dies von der ersten Stunde an im Verleihbetrieb sowie ein Ende der Möglichkeit zur beliebigen Befristung von Zeitarbeitsverträgen.«

Jan Cux, per E-Mail

Leiharbeit – Eine Art Dauer-Prekariat

»Aus eigener Erfahrung als ehemaliger ›Dauer-Leiharbeiter‹ und aufgrund des zu erwartenden Leiharbeiterbooms ist ein breiter Diskurs über die Gestaltung von Leiharbeit dringend geboten. Ihre aktuellen Rahmenbedingungen sind weder gesellschaftlich noch für den Einzelnen akzeptabel. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Allgemeinheit via Hartz

IV Milliarden zur Gehaltsaufstockung gering verdienender Leiharbeiter aufzubringen hat und deren Arbeitgeber indirekt subventioniert. Ebenso wenig, dass Leiharbeiter in einer Art ›Dauer-Prekariat‹, oft ohne die Chance eigenen Weiterkommens arbeiten müssen. ›Vorteile privatisieren – Lasten sozialisieren‹ ist kein Leitbild für Leiharbeit. Sie muss auf ihren ursprünglichen Zweck beschränkt werden.«

Ulrich Kiehne, per E-Mail

Nur noch Jobs von Leiharbeitsfirmen

»Ich bin 52 Jahre und suche einen Job, wobei ich nicht wählerisch bin. Ich habe keine Chance. Ich habe zwar mittlere Reife, kann ganz gut Englisch, etwas Spanisch, habe PC-Kenntnisse und vielerlei Erfahrungen, aber bekomme noch nicht einmal einen Job als Verkäuferin. Wenn ich in die Seiten der Agentur für Arbeit schaue, sehe ich auch fast nur Jobs von Leiharbeitsfirmen oder solche, die nur mit ›Bildungsgutscheinen‹ zu vergeben sind. Es wäre an der Zeit, dass unsere Regierung etwas für uns unternimmt, aber da wir, die wir Arbeit suchen, ja keine Milliarden wollen (nehmen würden wir sie schon), sind wir wohl zu uninteressant.«

Annemarie Thörnig, Spiegelberg



MACH MIT

Leiharbeit: Info-Zelt auf Tour

Die IG Metall verstärkt die Öffentlichkeitsarbeit gegen die schlechten Bedingungen der Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer. Diesmal mit einem riesigen Zelt.

- Wo und wann die IG Metall das Zelt aufschlägt sowie
- Berichte von bislang gelaufenen Aktionen, das alles und noch viel mehr unter:

www.gleichearbeit-gleichesgeld.de → Alle Tourdaten

GLEICHE ARBEIT? GLEICHES GELD!

ARBEIT? GLEICHES GELD! GLEICHE ARBEIT?

Keinen Horizont mehr

»Der Beitrag in Ihrer letzten Ausgabe über die Leiharbeit ist noch viel zu harmlos. Gerade im gewerblichen Bereich und damit auch im Metallbereich sind fast alle freien Stellen nur noch Zeitarbeit. In meinem jetzigen Schweißerlehrgang treffe ich viele über 50-Jährige, die noch bis 65 arbeiten müssen. Diese haben durch bereits jahrelange Zeitarbeit und damit Niedriglohn nur noch eine Rentenerwartung von 600 bis 750 Euro.

Ich bin jetzt 30 und sehe keinen Horizont mehr auf diesem Arbeitsmarkt. Mein letzter Verdienst über Zeitarbeit (ausgeliehen an eine Firma mit IG Metall-Tarif): glatte 1000 Euro Netto im Zwei-Schicht-System. Nachdem der Auftrag beendet war, kam die Kündigung wie bereits von zwei anderen Zeitarbeitsfirmen zuvor auch.

Das Bemühen der IG Metall in Ehren, aber man darf nicht vergessen, dass unser bekanntes Mitglied »Peter Hartz« an diesem System vor Jahren mitgewirkt hat.«

Alexander Kahl, per E-Mail

Leiharbeit ist Ausbeutung

»Ein Artikel, der die Probleme auf den Punkt bringt. »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, diese

? FRAGE UND ANTWORT

Warum kostet die Leiharbeiter-Hotline Gebühren? Sind diese Menschen nicht genug finanziell benachteiligt?

Henrik Müller, per Mail

Antwort der Redaktion:

Wer bei der Hotline anruft, bezahlt aus dem Festnetz sechs Cent pro Anruf. Egal, ob er zehn Minuten oder eine Stunde telefoniert. Ein Anruf in der Verwaltungsstelle würde bereits nach drei Minuten mehr kosten, selbst wenn der Anrufer den niedrigsten Tarif hat. Ganz kostenlos ist die Hotline nicht. Damit sollen Spaßvögel abgeschreckt werden, die die Leitung aus Lust und Laune blockieren könnten.

Aussage ist keine billige Lösung. Leiharbeit ist Ausbeutung. Die Agenda 2010 hat Deutschland verändert. Es ist bereits heute ein Land, in dem es zu viele Niedriglohnjobs gibt. Leiharbeit ist die Geisel der modernen Arbeitswelt.«

Reinhard Wawziniak, per E-Mail

GEWONNEN HABEN

April-Rätsel

Lösungswort: Tarif

1. Preis: Rainer Fix, Birkenfeld;
2. Preis: Ibrahim Taazziout, Siegen;
3. Preis: Jürgen Steinmeier, Bad Salzfluren

Buch »Kurswechsel«

Peter Gold, Zeitlofs; Sylvia

Allermann, Wolfsburg; Jutta Große, Bremen; Ivonne Langeloh, Henstedt-Ulzburg; Jörg Severin, Braunschweig; Ralf Rath, Ulm; Wolfgang Rotheudt, Berlin; Arnulf Bauman, Königslutter; Rudolf Rütter, München; Michael Wiedermann, Danndorf

Jetzt ist entschlossene Politik gefragt

ENDLICH HANDELN

In Nordrhein-Westfalen gab es zwei Wahlverlierer: Schwarz-Gelb und die Parteien insgesamt. Sie müssen fehlendes Vertrauen zurückgewinnen.

Diese Zahl muss alle Demokraten alarmieren: Ganze 59 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ihre Stimme abgegeben. Dabei hat das Ergebnis dieser hart geführten Wahlauseinandersetzung weitreichende Folgen für Deutschlands bevölkerungsreichstes Bundesland und – wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat – für die gesamte Republik. Deshalb bleibt nur eine mögliche Schlussfolgerung: Immer mehr Menschen haben das Vertrauen in die Parteien generell verloren. Das gewinnt man nicht über Tricksereien bei Koalitionsverhandlungen, wie sie vor allem die FDP betreibt. Schwarz-Gelb ist in NRW eindeutig abgewählt worden.

Inhalte zählen. Nur mit konsequenter und entschlossener Politik können die Parteien Wählerinnen und Wähler überzeugen. Und das bedeutet aktuell zuallererst: endlich wirksame Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten durchsetzen. Das fordert die IG Metall schon seit Beginn der Krise vor über eineinhalb Jahren. Wann begreifen das auch die Parteien? Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen! Die Zeit drängt, wie die dramatischen Ereignisse rund um die Spekulationen gegen Griechenland und den gesamten Euro gezeigt haben. Anstatt auf teilweise beschämend dumpfe Weise gegen die grie-



Foto: Thomas Lohnes / ddp

IG Metall-Vorsitzender Berthold Huber am 1. Mai 2010 in Frankfurt: »Wir brauchen einen politischen Kurswechsel!«

chische Bevölkerung zu wetttern, muss den Verantwortlichen für die Krise das Handwerk gelegt werden. Also Schluss mit allen Spekulationen, die sich am Ruin ganzer Volkswirtschaften bereichern. Die griechische Regierung darf kein Spardiktat auf dem Rücken der Beschäftigten auflegen, sondern muss die Reichen und Vermögenden zur Kasse bitten. Auch die Banken müssen sich endlich angemessen finanziell bei der Krisenbewältigung beteiligen. Sonst zahlen wir am Ende die Rechnung für Spekulationsgewinne in den Bankbilanzen.

So kann es einfach nicht weiter gehen, deshalb fordern immer mehr Menschen, wie auch die IG Metall, einen grundlegenden politischen Kurswechsel (mehr dazu ab Seite 18). Es geht um unser aller Zukunft, deshalb verspreche ich: Die IG Metall bleibt hartnäckig dran. ■

Berthold Huber



Südafrika im Fußball-Fieber. Ein Fan begrüßt den Weltpokal.

BILD DES MONATS

Das erste Mal in Afrika

Südafrika richtet die Fußballweltmeisterschaft aus. Viele Südafrikaner sind gespannt.

Das Fieber steigt. Gut einen Monat vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika kam der goldene Weltpokal im Land an. Ein Fan des Südafrika-Teams (Bild oben) feiert seine Ankunft in den Farben des Landes. Zuvor war der Pokal 225 Tage lang durch 82 Länder rund um die Welt gereist. Bis zum Beginn der Weltmeisterschaft am 11. Juni in Johannes-

burg macht er noch in 32 Städten und Gemeinden Südafrikas halt. Jeder sollte eine Chance bekommen, den Pokal zu sehen.

Stadien stehen. Mit dem Gastgeber Südafrika richtet in diesem Jahr zum ersten Mal ein afrikanisches Land die Fußball-WM aus. In den letzten Jahren kamen immer wieder Zweifel an der Ent-

scheidung für das Land auf. Viele fürchteten um die Sicherheit der Spieler und Fans, denn das Gastgeberland kämpft noch immer mit den Folgen der Apartheid. Außerdem gab es immer wieder Zweifel, dass alle Stadien rechtzeitig fertig würden.

Doch jetzt scheint alles im Griff: Die Stadien stehen und die meisten Südafrikaner fiebern dem

Ereignis entgegen. Auch Ayanda Billie, der bei VW in Uitenhage arbeitet, freut sich auf die Weltmeisterschaft in seinem Land. »Damit bringt die Welt Südafrika mit etwas Gutem in Verbindung.« Allerdings fragt sich der Gewerkschafter, was sein Land nach der WM erwartet. »Wir werden weiterhin unsere Probleme haben.« Anlässlich der WM berichten wir

Euro-Schutzschirm

FINANZKRISE Die IG Metall begrüßt die Finanzhilfe für Griechenland und den Euro. Ihre Forderung: Legt den Spekulanten endlich das Handwerk.

Die Eurostaaten haben Griechenland und den Euro viel zu lange im Regen stehen lassen. Die IG Metall begrüßt deshalb den 750 Milliarden Euro schweren Rettungsfonds. Die Politik habe allerdings nichts gelernt, betonte der Erste Vorsitzende Berthold Huber. »Die Gewinne fließen in die Bankbilanzen und die Allgemeinheit bekommt die Rechnung präsentiert.« Die IG Metall fordert seit zwei Jahren beharrlich eine Finanzmarkttransaktionssteuer sowie eine Beteiligung der Finanzmarktakteure an den Kosten.

Konstruktionsmängel. Fazit des Rettungspakets aus Sicht der IG Metall: »Der Euro-Rettungsschutzschirm hat Konstruktionsmängel«, kritisiert Wolfgang Rhode,

beim IG Metall-Vorstand zuständig für Wirtschaftspolitik. Einer der Fehler: Die geplante Zweckgesellschaft, deren Kredite von den Euro-Mitgliedstaaten verbürgt werden sollen, ist weiterhin abhängig von Börsen und Banken und damit letztendlich wieder von Spekulanten.

Die Euro-Krise zeigt aber auch, dass die geplanten Sparprogramme soziale Katastrophen sind. Es kann ja keine Lösung sein, dass griechische Müllmänner weniger Gehalt bekommen und die Vermögenden weiter keine Steuern zahlen. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Mehr zur Euro-Krise unter:

- ▶ www.igmetall.de
- Publikationen
- Wirtschaftspolitische Infos

PFLAUME DES MONATS

Brüderle gegen Mindestlohn-Orgie

Alle sind für den Pflegedienst-Mindestlohn: Gewerkschafter, Arbeitgeber – und sogar sein FDP-Kumpel Rösler. Nur Wirtschaftsminister Rainer Brüderle bockt. Eine »Mindestlohn-Orgie« wird es mit ihm nicht geben, sagte er schon zur Bundestagswahl. »Staat halt dich raus.« Außer beim Wein: Als früherer Weinbauminister in Rheinland-Pfalz hat er, der einst bei Harald Schmidt »zum Saufen mit Brüderle« antanzte, die Subventionen für Steilhang-Wein um 200 Prozent erhöht. Das sei schließlich »Kulturgut«. Im Gegensatz zu fairen Löhnen, die laut Brüderle Jugendliche und Ungelernte arbeitslos machen. »Künstlich überbezahlte Löhne.« Wozu auch? Es gibt ja künstlich verbilligten Wein. Er küsse alle Weinköniginnen, erzählt er stolz. Warum nicht mal Pflegerinnen? Schmatz. ■



Foto: Thomas Frey / dpa / pa

ZAHLEN UND FAKTEN

100

Rohstoffe sparen

Bis zu 100 Milliarden (von derzeit 230 Milliarden) Euro Rohstoffkosten im Jahr könnte die deutsche Wirtschaft ohne Qualitätsverlust einsparen, wenn sie Rohstoffe effizienter einsetzen würde. Bei Einsparungen wird immer auf die Lohnkosten geachtet; sie machen jedoch nur 20 Prozent der Produktionskosten aus, Material- und Rohstoffe aber 40 Prozent. ■

7

Leiharbeit kein Kleber

Leiharbeit ist nicht der Türöffner in die feste Stelle, wie ihre Befürworter immer behaupten (»Klebeffekt«). Nur sieben Prozent aller Leiharbeiter werden in ihrem Einsatzbetrieb auf Dauer übernommen, zeigt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Sie warnt vor einer Spaltung der Belegschaften und spricht sich wie die IG Metall dafür aus, die Löhne und Arbeitsbedingungen an die der Stammbeslegschaften anzugleichen. ■

8,3

Krise senkt Nacharbeit

8,3 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten 2009 ständig oder regelmäßig nachts arbeiten. Das waren aber weniger als im vorletzten Jahr. Denn die Krise hat auch hier Spuren hinterlassen. 2008 mussten noch 9,1 Prozent der Beschäftigten zwischen 23 und 6 Uhr werkeln. ■



in diesem Heft unter anderem über ein Projekt der IG Metall dort, die Kampagne für Saubere Kleidung und Fußballgucken am Arbeitsplatz. Mehr rund um die WM auf den Seiten 10, 11, 22 und 31. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Türme im Meer

KRISE IM SCHIFFBAU

Deutsche Werften funken SOS. Sechs sind schon insolvent, andere kämpfen ums Überleben. Umwelttechnologien könnten dem Schiffbau neuen Schwung bringen. Zum Beispiel Windkraftwerke.

Es ist still auf der Werft am Zungenkai. Nur ein einsamer Radler kurvt zwischen den Hallen: Alfred Rüst ist Vorarbeiter auf der Korvette. Rüst arbeitet Restaufträge ab; sie sorgen noch bis Sommer 2012 für Arbeit. Viele seiner Kollegen bei den Nordseewerken sind in Kurzarbeit. Die über 100 Jahre alte Werft war lange DER große Arbeitgeber in Emden. Noch in den 1960er-Jahren beschäftigte sie über 6000 Menschen. In Zukunft bleiben weniger als 1000. Und sie bauen keine Container-, Marineschiffe und U-Boote mehr, sondern formen und schweißen Teile für Offshore-Windanlagen, also Windparks auf hoher See, zum Beispiel Türme.

Im März hat die rheinland-pfälzische SIAG, eine Zulieferfirma der Windenergiebranche, die Werft gekauft. Vorher hatte sie zu Thys-

sen-Krupp Marine Systems gehört. »Wir sind froh, dass wir die Option Windkraft jetzt haben«, sagt Erwin Heinks, der Betriebsratsvorsitzende. Schon früher hatte der Betriebsrat vorgeschlagen, als zweites Standbein in den Offshore-Markt einzusteigen. »Damals sind wir damit bei der Geschäftsleitung auf taube Ohren gestoßen.« Jetzt bereitet die SIAG die Umbaumaßnahmen für die künftige Fertigung der Windenergie-Komponenten vor.

»Wenn SIAG nicht gekommen wäre, wäre der Standort bald geschlossen worden und wir hätten Massenentlassungen«, ist Wilfried Alberts von der Emder IG Metall überzeugt. Komponentenbau für Windenergie sei ein industrielles Konzept mit Zukunftsperspektiven. In der Nord- und Ostsee sind über 170 Windparks geplant, mit über 21 000 Anlagen.



HINTERGRUND

Schiffbauer an der ganzen Küste in Not

- Nordic Yards Warnemünde und Wismar: Baute vor allem Containerschiffe. 2009 komplette Belegschaft (2300 Leute) in Transfergesellschaft. Neuer russischer Eigner will mindestens 1200 Arbeitsplätze erhalten. Ein Auftrag, noch nicht finanziert.
- Hegemann Stralsund, Wolgast und Berne: Baut Container-, Militär- und Spezialschiffe. Finanzierungsprobleme inzwischen gelöst. Personalabbau, geringer als geplant, auf IG Metall-Druck Kurzarbeit. 2400 Leute. Werft in Berne verkauft.
- Sietas Hamburg: Anfang 2009 vor der Pleite. Erfolgreich mit neuem Konzept: Spezial- statt Containerschiffe. Nach Personalabbau noch 927 Beschäftigte.
- Lindenau Kiel. Seit 2008 in Insolvenz. 250 Leute. In Kurzarbeit.



Foto: Carmen Jaspersen

Auch wenn es schwerfällt, die Schiffe loszulassen: Erwin Heinks (rechts) und sein Betriebsratskollege Heinz-Günter Schäfer setzen auf Windenergie.

Sicherheitshalber haben Betriebsrat und IG Metall der neuen Eigentümerin und Thyssen-Krupp einen »Zukunftsvertrag« abgetrotzt, an dem auch das Land Niedersachsen beteiligt war. Darin verpflichtet sich die SIAG, die Schiffbau-Kompetenz in Emden zu erhalten – für den Fall, dass Schiffe mal wieder besser laufen.

Werften funken SOS. Die 18 deutschen Werften haben ein schlimmes Jahr hinter sich. Es gilt bei vielen als Schicksalsjahr. In der Krise haben die Reeder nicht nur kaum neue Schiffe bestellt, sondern 60 Schiffe, die schon in Auftrag gegeben waren, wurden wieder abbestellt. Sechs Werften gingen in Insolvenz. Von den rund 20000 Beschäftigten, die vor zehn Jahren noch Schiffe bauten, sind nur noch 17 500 übrig.

Wer wie die Meyer-Werft in Papenburg »Traumschiffe« baut, steht gut da. Auch Luxus-Yachten lassen sich noch gut verkaufen – die Krise hat eben nicht jeden gleich getroffen. Probleme machen Containerschiffe. Bei ihnen konnten die Europäer schon vor der Krise mit den Dumpingpreisen in Südkorea, China und Bangladesch nicht mehr mithalten.

Jutta Blankau, die Bezirksleiterin der IG Metall Küste, sieht nur eine Überlebenschance für die Werften, wenn sie sich auf Offshore-Windenergie und Meerestechnik konzentrieren, auf schadstoffarme und energieeffiziente Schiffe und auf Spezialschiffe. Angesichts »milliardenschwerer staatlicher Subventionsprogramme« in China und Südkorea fordern die Gewerkschaften von Brüssel eine europäische Strategie, um die Arbeitsplätze im Schiffbau zu retten. Sie sollen vor allem Innovationen in Umwelttechnologien fördern. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de
Mehr Informationen zur Lage der Werftindustrie unter:

► www.igmetall-kueste.de

RECHT NAH DRAN

Wenn der Chef durch die Wand glotzt

Schon ein Dreivierteljahr arbeitete Johann Lang (Name geändert) in der Buchhaltung eines metallverarbeitenden Betriebs, als sein Blick auf den Kabelschacht unterhalb der Fensterbank fiel. Die Linse, die ihm dort entgegenlugte, ähnelte verdächtig einer Kamera. »Was mache ich jetzt?«, fragte sich der gelernte Einzelhandelskaufmann, der in dem Betrieb in Mittelholstein als Leiharbeiter im Einsatz war. Einen Betriebsrat gab es nicht. Mit dem Chef reden? Aussichtslos. Kollegen als Zeugen holen? Zu riskant. Schließlich hatten viele einen befristeten Vertrag und mussten um ihren Arbeitsplatz fürchten.

Polizei gerufen. Johann Lang rief bei der Polizei an. Dort war man erst einmal verduzt und erklärte sich für nicht zuständig. Lang hakte nach: »Mein Arbeitsplatz wird überwacht. Ich will Anzeige erstatten. Dafür sind Sie nicht zuständig?« Ein Polizist von der nahen Wache kam schließlich vorbei und forderte den Chef auf, die Wand zu öffnen. Zum Vorschein kam eine Funkkamera. Langs Chef

tobte. Er stritt ab, dass er den Mitarbeiter überwachen wollte, und hatte gleich drei verschiedene Erklärungen, warum er dort eine Kamera eingebaut hatte. Lang will nun klagen.

In einem Unternehmen ohne Betriebsrat haben nach Ansicht von Mechthild Garweg Beschäftigte gar keine andere Möglichkeit, als die Polizei zu rufen, wenn der Chef sich nicht an den Datenschutz hält. Die Anwältin vertritt Lang.

Zurzeit prüft der Landes-Datenschutzbeauftragte von Schleswig-Holstein, ob der Arbeitgeber eine Ordnungswidrigkeit begangen hat. Ob er sich auch strafbar gemacht hat, ist nach Ansicht der Juristin allerdings zweifelhaft. Der Fall zeige aber, mit welcher Selbstverständlichkeit, Arbeitgeber die Persönlichkeitsrechte ihrer Beschäftigten verletzen und wie wichtig ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz wäre. »Der strafrechtliche Schutz von Arbeitnehmern ist viel zu gering«, sagt Mechthild Garweg. »Persönlichkeitsrechte zu verletzen, ist keine Bagatelle.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

IN KÜRZE

Elektro-Mindestlohn

IG Metall und Arbeitgeber dringen gemeinsam auf einen neuen Mindestlohn im Elektrohandwerk. Er soll ab 2011 bei 9,70 Euro im Westen und 8,40 Euro im Osten liegen. Bis 2015 soll er im Westen um 5,2 und im Osten um 14 Prozent steigen: auf 10,10 (West) und 9,35 Euro (Ost). ■

► www.igmetall.de



Mit Power höhere Löhne in der Miederindustrie durchgeboxt.

Gut geschnürt

Die IG Metall ist auch für die Beschäftigten der Miederindustrie zuständig. Gerade ist es ihr gelungen, für diese Branche 3,1 Prozent mehr Geld durchzusetzen – trotz Krise. Die Einkommen steigen ab Juli. Die Tarif erhöhungen gelten auch für Factory Outlet Center. ■

► www.igmetall.de

DGB-Kongress: das Parlament der Arbeit



Der alte und neue Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds

Berlin: Zum neunzehnten Mal tagte im Mai das »Parlament der Arbeit«. So wird der alle vier Jahre stattfindende Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) auch genannt.

Warum? Insgesamt vertritt der DGB die Interessen von 6,7 Millionen deutschen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Acht Einzelgewerkschaften sind unter seinem Dach versam-

melt. Der Kongress mit 400 Delegierten stand in diesem Jahr unter dem Motto: »Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität«.

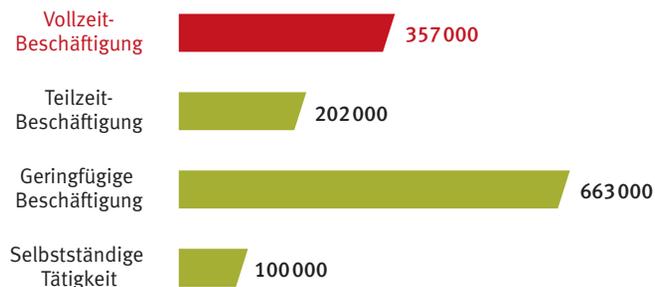
Die Delegierten bestätigten alle Mitglieder des Bundesvorstands mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Zwei Mitglieder des fünfköpfigen Vorstands sind Metaller: Dietmar Hexel und Claus Matecki. ■

► www.dgb.de

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Trotz Vollzeitstelle Hartz IV

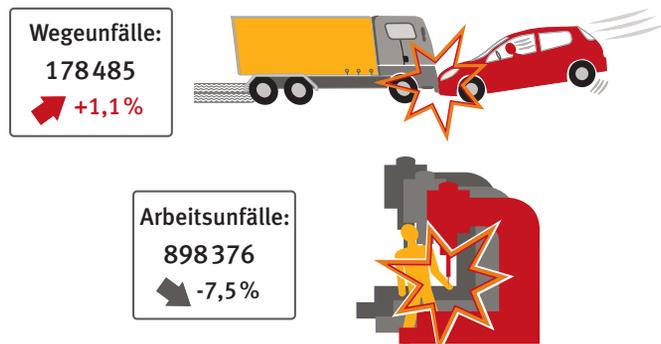
Nur knapp die Hälfte aller Hartz-IV-Aufstocker sind geringfügig beschäftigt. Fast jeder Dritte kann trotz Vollzeitstelle* nicht von seinem Einkommen leben.



*62.000 Auszubildende werden als vollbeschäftigt eingerechnet.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Hans-Böckler-Stiftung 2010

Durch Kurzarbeit weniger Unfälle

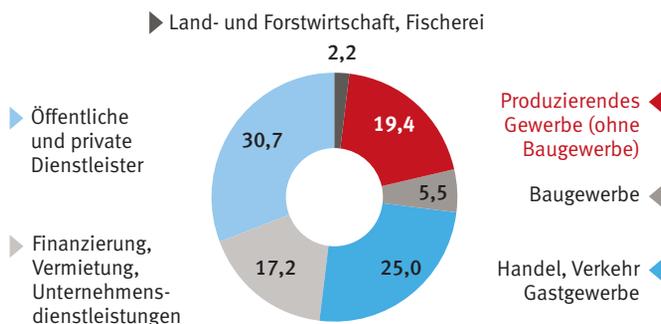
Durch Kurzarbeit sank im letzten Jahr die Zahl der Arbeitsunfälle*. Gleichzeitig ist die Zahl der Wegeunfälle gestiegen. 2009 starben 468 Menschen auf der Arbeitsstelle, 362 auf dem Weg dorthin.



*meldepflichtige Arbeitsunfälle
Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) 2010

Industrielle Produktion sichert Arbeitsplätze

Mit Ausnahme der öffentlichen Verwaltung, der Landwirtschaft und des Gastgewerbes sind alle Branchen direkt oder indirekt vom produzierenden Gewerbe abhängig (Anteile in Prozent).



Quelle: Statistisches Bundesamt 2010

Infografiken: Julia Schmitt

»Sonst ist die JAV bald tot«

INTERVIEW

Von den Azubis gewählt, von den Bossen gefeuert und gemobbt: metallzeitung sprach mit Maurice Behrent, Jugendvertreter bei Federal Mogul in Burscheid.

Maurice, seit Februar 2009 kämpfst Du um Deine Übernahme nach der Ausbildung. Du gehst nun bis zum Bundesarbeitsgericht. Warum?

Maurice Behrent: Es geht nicht nur um mich: Laut Gesetz müssen Jugend- und Auszubildendenvertreter, also JAVis, nach der Ausbildung übernommen werden – aus gutem Grund: JAVis werden gewählt, damit sie sich für die Auszubildenden, ihre Rechte und ihre Übernahme nach der Ausbildung einsetzen. Ohne den gesetzlichen Schutz geht das nicht. Und diesen Schutz will ich, zusammen mit Mario Utess, meinem Rechtsanwalt von der IG Metall Köln, verteidigen. In der ersten Instanz haben wir gewonnen, in der zweiten verloren. Nun geht es eben zum Bundesarbeitsgericht.

Wurden denn die anderen Azubis bei Euch übernommen?

Maurice: Bei mir im kaufmännischen Bereich haben alle zumindest die tarifliche Übernahme für ein Jahr bekommen. Das war ja, bevor die Krise bei uns einschlug.

Wäre denn ein Arbeitsplatz für Dich da gewesen?

Maurice: Ja, da wäre eine Stelle als Einkäufer gewesen, die auf mich passte. Aber die wurde mit einem Beschäftigten besetzt, der wiederum Platz für eine andere Beschäftigte machte, die wiederum versetzt wurde, um ihre Stelle für

eine vierte Kollegin freizumachen, die angeblich sonst entlassen worden wäre. Das Arbeitsgericht Opladen hat das nicht gelten lassen. Der Arbeitgeber ging in Berufung. Das Landesarbeitsgericht hat diese Kette von Versetzungen dann als Grund anerkannt, dass für mich kein Platz war.

Aber mit der Begründung können Betriebe doch jederzeit unbenutzte JAVis loswerden?

Maurice: Genau das ist der Punkt. Bei der Besetzung der Stellen kann der Arbeitgeber schließlich machen was er will. Einfach umstrukturieren, Stellen streichen, Leute versetzen – und schon bekommt er den JAVi raus. Wenn das Schule macht, wird das Gesetz ausgehöhlt – und es gibt bald keine Jugendvertreter mehr, die den Mund aufmachen. Dann ist die JAV stumm und tot. Das können wir nicht zulassen.

Seit über einem Jahr läuft dieser Ärger nun schon. Wie läuft das denn seither im Betrieb?

Maurice: Seither werde ich umhergeschoben. Ich bleibe selten lange an einem Arbeitsplatz. Der Chef hat gesagt: Ist doch toll. Da können Sie überall reinschnuppern. Aber ich will einfach meine Arbeit gut machen. Und das geht nicht, wenn Du von heute auf morgen wieder woanders bist und neu anfangen musst. Oft auch wenig anspruchsvolle Arbeit.



Fotos: Jürgen Seidel

Maurice Behrent, JAVi bei Federal Mogul in Burscheid. Sein Arbeitgeber wollte ihn nicht übernehmen, obwohl das per Gesetz vorgeschrieben ist. Die Begründung: Es sei keine Arbeit da. Doch Maurice kämpft – seit über einem Jahr.

Und was bedeutet der Ärger für Deine Arbeit als JAVi?

Maurice: Das ist schwierig geworden. Ich muss mich jedesmal für die JAV-Arbeit abmelden. Und immer heißt es: Muss das sein? Warum musst Du bei der Betriebsratsitzung dabei sein? Warum dieses Seminar? Dabei steht das alles so im Gesetz. Früher hatte ich da nie Probleme. Da habe ich einfach JAV-Arbeit gemacht. Und dennoch habe ich meine Ausbildung um ein halbes Jahr verkürzt und mit den Noten »Eins« und »Zwei« abgeschlossen.

Ist denn keine vernünftige Regelung in Sicht?

Maurice: Die wollen mich unbedingt raushaben. Die ertragen es nicht, dass ich nicht klein beigegeben habe, sondern auch noch demonstrativ mit einem »Operation Übernahme«-Pulli der IG Metall-Jugend herumgelaufen bin. Nachdem ich dann diesen Februar beim Landesarbeitsgericht verloren hatte, wurde ich sofort zur Personalchefin zitiert: Ausweis abgeben, packen – und innerhalb einer Stunde den Betrieb verlassen. Obwohl ich noch dringende Arbeit hatte, die sonst keiner machen konnte. Aber die IG Metall hat das sofort wieder hingekriegt. Bis zum Bundesarbeitsgericht bleibe ich jetzt erst mal drin. Und das kann noch viele Monate dauern. Die Gerichte sind wegen der Krise derzeit sehr beschäftigt.

Belastet Dich die ganze Situation nicht?

Maurice: Doch. Ich wache jeden Morgen mit Kopfschmerzen auf.

Gefühlsmäßig wäre ich am liebsten morgen vor Gericht – um endlich Klarheit zu haben. Besonders krass ist für mich auch, dass ich derzeit auf einem Arbeitsplatz bin, an dem zuvor eine Mitauszubildende von mir arbeitete. Ihr Vertrag ist ausgelaufen. Dann bekam sie für ein paar Wochen einen neuen Vertrag – als Leiharbeiternehmerin. Und jetzt ist sie arbeitslos.

Haben andere Jugendvertreter ähnliche Probleme wie Du?

Maurice: Ich höre zwar, dass sich solche Fälle in der Krise häufen. Aber in meinem Umfeld, in und um Köln und auch in überregionalen IG Metall-Kreisen bin ich zum Glück die krasse Ausnahme. Ich will, dass das auch so bleibt.

Wenn Du heute noch einmal die Wahl hättest: Würdest Du trotz allem noch mal als Jugendvertreter kandidieren?

Maurice: JAV-Arbeit ist wichtig. Ich habe viel erreicht und bekomme dafür auch viele gute Rückmeldungen von den Azubis. Auch persönlich hat mich die JAV-Arbeit weitergebracht, durch die Arbeit in IG Metall-Arbeitskreisen, durch Seminare und das Redenhalten. Auf jeden Fall würde ich es wieder so machen. Und im Herbst werde ich trotz allem wieder bei der JAV-Wahl antreten. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Informationen zu Ausbildung, Übernahme und zur Jugend- und Auszubildendenvertretung:

► www.igmetall.de

→ Jugend

MELDET EUCH

Werden Jugendvertreter auch bei Euch gemobbt?

Der Fall Maurice Behrent ist kein Einzelfall. In der Krise häufen sich Fälle, in denen Arbeitgeber JAVis, aber auch Betriebsräte und andere engagierte Beschäftigte, aus dem Betrieb drängen wollen. Wenn bei Euch so etwas passiert: Meldet Euch bei Eurer IG Metall-Verwaltungsstelle in Eurer Nähe:

► www.igmetall.de

→ IG Metall vor Ort

Und schreibt an die metallzeitung:

► metallzeitung@igmetall.de

IN KÜRZE

Bundeswehr in Schulen

In Baden-Württemberg läuft die Berufsschultour der IG Metall schwierig an. Viele Schulen zögern noch. Dafür darf die Bundeswehr rein und werben. Es gibt sogar einen Kooperationsvertrag mit dem Kultusministerium, »um Jugendliche an sicherheitspolitische Themen heranzuführen«. Ähnliche Verträge gibt es in NRW, Saarland und Rheinland-Pfalz. ■



Storch Heinar – nur echt mit dem Bärtchen und nur einem Ei.

Storch Heinar

Widerstand kreativ: Das Projekt »Endstation Rechts« erfand den »Storch Heinar« um gegen die bei Nazis beliebte Marke »Thor Steinar« zu protestieren. Thor Steinar klagte. Um den Prozess bezahlen zu können, startete Endstation Rechts eine »Retter«-Kampagne. ■

► www.storchheinar.de

Trotz Krise mehr Geld

In etlichen Autohäusern und -werkstätten gibt es ab Juni mehr Geld. Die IG Metall hat in den vergangenen Wochen eine Reihe regionaler Tarifabschlüsse erzielt. So steigen die Löhne in Baden-Württemberg stufenweise bis zur Endstufe im Januar 2012 um insgesamt 4,1 Prozent. Die wirtschaftliche und tarifliche Lage im Kfz-Handwerk ist zwar regional sehr unterschiedlich, aber insgesamt schwierig. ■

INTERVIEW

»Die meisten sind stolz«

Die Fußball-WM in Südafrika rückt das Land in ein neues Licht, findet Tembinkosi Collin Tyalisi von der südafrikanischen Metall-Gewerkschaft Numsa.

Im Sommer beginnt die Fußball-Weltmeisterschaft. Spürt ihr schon etwas davon?

Tembinkosi Collin Tyalisi: Die WM bringt uns viel Aufmerksamkeit. Nicht nur unserem Land, sondern dem ganzen Kontinent. Damit haben wir die Chance, der Welt zu zeigen, aus welchem Holz wir sind.



Numsa steht für »National Union of Metalworkers of South Africa«.

Hat sich die Lage der Arbeiter verändert?

Tyalisi: Die WM hat neue Jobs geschaffen, viele arme Familien haben jetzt genug zu essen. Mit dem Geld der Fifa haben wir unsere Infrastruktur verbessert. Das Vertrauen in die Entwicklung unserer Wirtschaft ist gewachsen. Aber es gibt immer noch Ausbeutung – schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeiten.

Kann die WM helfen, die Folgen der Apartheid zu überwinden?

Tyalisi: Die meisten Südafrikaner sind stolz, dass die WM in ihrem Land stattfindet. Aber wir würden uns selbst täuschen, wenn wir glauben, dass alle hinter der WM stehen. Wir brauchen solche Veranstaltungen, um unsere verschiedenen Kulturen zu vereinen. Auf diesem Weg könnte die WM helfen, unsere Nation zu heilen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Foto: Christliche Initiative Romero

1 Für die Sportartikelhersteller zahlen sich Großereignisse wie die Fußball-Weltmeisterschaft immer aus. Für die Näherinnen in den Weltmarktfabriken nie. Aktivisten der Kampagne für saubere Kleidung demonstrieren für bessere Arbeitsbedingungen dieser Frauen.

Beim Sport spielt die Hautfarbe keine Rolle. Und die Begeisterung für Fußball und die Weltmeisterschaft eint alle Südafrikaner, egal ob weiß oder schwarz, groß oder klein.



Foto: terre des hommes



Ein B bewegt ganz

Puma springt nach Afrika

SAUBERE KLEIDUNG

Wenn in Südafrika die Topstars des Fußballs um die Weltmeisterschaft kicken, fließt viel Geld – vor allem in die Kassen der großen Sportartikelhersteller. Die Näherinnen der Trikots und Bälle spüren davon nichts. Sie arbeiten für Hungerlöhne.

Der Kontinent hat es Puma-Chef Jochen Zeitz angetan. Er hat den »Afrika-Virus«, erzählte er dem Stern. Das Magazin durfte ihn auf seine Farm in Kenia begleiten, wo er sich selbst als »Freund des Kontinents« sieht. Der Privatmensch Zeitz will eine Stiftung gründen, die – wie sollte es anders sein – Menschen in Afrika hilft.

Der Puma-Chef Zeitz hat den Kontinent auch wirtschaftlich entdeckt. Seit einigen Jahren beobachtet Maik Pflaum von der

Kampagne für saubere Kleidung, dass Puma immer mehr afrikanische Sportler ausstattet. Wenn im Juni Fußballstars in Südafrika um den Weltpokal spielen, werden fünf afrikanische Teams im Outfit der springenden Katze antreten.

Ins Spiel gebracht. Der kleine unter den drei großen Sportartikelherstellern kämpft seit Jahren gegen die Spitzenstellung von Adidas und Nike an. Mit dem Afrikaschachzug, denkt Maik

Pflaum, will das Unternehmen eine Nasenlänge vorankommen.

Die Fußball-Weltmeisterschaft ist für die großen Sportartikelhersteller das Ereignis des Jahres. »Das kann man schon an den Zahlen ablesen«, erklärt Pflaum. »Puma hat in den ersten drei Monaten schon 83 Millionen Euro Gewinn gemacht, und Adidas will seinen Gewinn in diesem Jahr auf 480 Millionen Euro verdoppeln.« Für die Konzerne lohnt sich das Geschäft mit

all Afrika

 Johannesburg



 Durban

Port Elizabeth

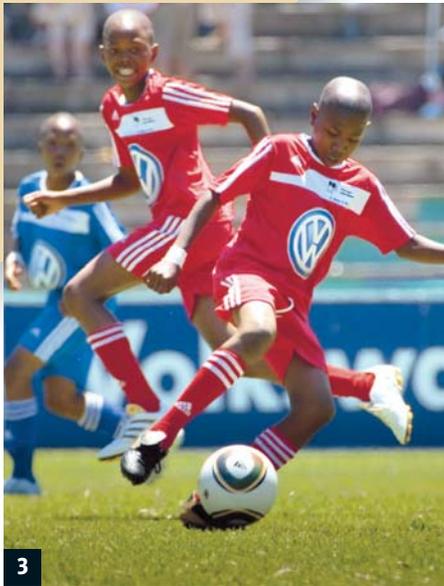


Foto: terre des hommes
3

Seit zwei Jahren unterstützen VW-Beschäftigte das Projekt »A chance to play«. Schon 35 000 Kinder haben an den Sportangeboten teilgenommen. Die Spendengelder fließen in Sportplätze, Trikots, Bälle, Netze und helfen vor allem Kindern aus armen Familien.

dem Ball, für die Näherinnen in den Weltmarktfabriken nicht.

Zum Leben zu wenig. Anfang Mai ist Maik Pflaum gemeinsam mit Gina Cano aus Honduras in Deutschland unterwegs. Sie hat für Puma genäht und kann den fußballbegeisterten Deutschen aus erster Hand erzählen, wie das Leben einer Textilarbeiterin aussieht. Zwar klopfen sich die großen Sportartikelhersteller gerne selbst auf die Schulter, weil sie

den landesüblichen Mindestlohn zahlen. »Doch 170 Dollar pro Monat sind auch in Honduras nur ein Hungerlohn«, sagt Maik Pflaum. Davon braucht eine Familie mindestens vier, um ihren Grundbedarf zu decken. Kurz vor der WM ist die Aufmerksamkeit für Puma und Co. groß. Ein wenig davon will die Kampagne für saubere Kleidung auf die Frauen in den Weltmarktfabriken lenken (Bild 1). ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Kicken gegen Armut

**KINDERN
EINE
CHANCE**

Seit über zehn Jahren spenden VW-Beschäftigte für Straßenkinder weltweit. Das Teilprojekt »A chance to play« hilft Kindern in den Armenvierteln von Südafrika.

Viele Kinder in Südafrika sind Waisen, weil ihre Eltern an Aids gestorben sind. Zwei Millionen Jungen und Mädchen haben durch die tödliche Krankheit beide Elternteile verloren. Diesen benachteiligten Kindern hilft ein Projekt, das Metallerinnen und Metaller aus Deutschland unterstützen und für das sie Monat für Monat die Cents hinterm Komma vom Lohn abknapsen.

»A chance to play« heißt die Initiative für Südafrika. Sie wurde vom VW-Konzernbetriebsrat im Rahmen der Aktion für Straßenkinder »Eine Stunde für die Zukunft« gestartet.

»35 000 Kindern in Südafrika konnten wir schon helfen«, sagt der Projektleiter Jürgen Stumpf, der Betriebsratsvorsitzende des VW-Werkes Kassel. Mit den Spenden der Kollegen wurden Sportplätze gebaut, Kindergärten renoviert, Spielgeräte, Trikots, Netze und Bälle gekauft.

Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Eastern Cape nahe dem VW-Werk Uitenhage und die Provinzen Gauteng und Limpopo. Regelmäßig werden Fußballspiele zwischen Schülern und Straßenkindern organisiert (Bild 2 und 3). »Im Spiel entdecken die

Kinder, dass sie Talent haben, egal ob sie eine weiße oder schwarze Hautfarbe haben«, sagt Jürgen Stumpf. »Und sie vergessen für eine Weile ihre schwierige Lebenssituation.« Kunsthandwerkliche Kurse, Aufklärung über Aids und berufsvorbereitende Kurse sind weitere Bausteine des Programms.

Das Mädchen Tomeka ist eines der vielen Kinder, die am Projekt teilnehmen. Tomeka lebt im Armenviertel von Port Elizabeth

und kann an der Hausaufgabenbetreuung teilnehmen, die das Projekt anbietet. Ihre positiven Erfahrungen dort möchte sie später weitergeben. »Ich will Sozialarbeit mit Kindern machen, wenn ich groß bin«, sagt Tomeka.

Über 1,4 Millionen Euro Spenden von Beschäftigten von VW und Audi sind seit 2008 in das Projekt geflossen. Höhepunkt der Aktivitäten wird die Fußball-WM sein. Danach sollen sie in den Regionen selbstständig fortgeführt werden. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Wer mehr über das Projekt erfahren oder spenden möchte, kann sich hier informieren:

 www.a-chance-to-play.org



Foto:FMZ

Projektleiter Jürgen Stumpf: »Spiel und Sport soll die Kinder ihre schwierige Lebenssituation vergessen lassen.«

Freizeit dank Eyjafjallajökull?

RECHT SO Welche Folgen drohen Beschäftigten, wenn sie wegen eines Flugverbots am Urlaubsort festsitzen und nicht bei der Arbeit erscheinen können? Müssen sie die Zeit nacharbeiten? Oder ist dies sogar ein Kündigungsgrund? Carsten Schuld lichtet die Aschewolke rund um den Vulkan.

Flugausfall. Viele sitzen am Urlaubsort fest. Konsequenzen wie Abmahnungen oder Kündigungen brauchen Arbeitnehmer dann nicht zu fürchten. Denn Beschäftigte sind nicht schuld am Arbeitsversäumnis, sodass sie nicht gegen arbeitsvertragliche Pflichten verstoßen. Allerdings müssen sie umgehend dem Vorgesetzten Bescheid geben.

Überstunden oder Urlaub. Beschäftigte brauchen die verpasste Arbeitszeit auch nicht »nacharbeiten«. Da es dem Arbeitnehmer ohne eigenes Verschulden unmöglich war, im Betrieb zu erscheinen, wird er von der Arbeitsleistung freigestellt, erhält aber für diese Zeit auch keine Vergütung. Dies kann man vermeiden, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber vereinbaren, Überstunden abzubauen oder Urlaub zu nehmen.

Höhere Gewalt. Es gibt noch mehr solcher Ereignisse wie die Aschewolke: Unwetter, Blitzes, Zusammenbruch des Nah- oder Fernverkehrs. Durch diese Umstände wurden Beschäftigte schon oft da-



Carsten Schuld ist Jurist beim DGB-Rechtsschutz.

Foto: Olaf Hermann

von abgehalten, rechtzeitig oder überhaupt zur Arbeit zu erscheinen. Es sind Beispiele für allgemeine Leistungshindernisse, bei denen der Arbeitgeber von der Zahlungspflicht befreit ist. Das ist der Fall, wenn der Fehlgrund sich auf einen größeren Personenkreis auswirkt. Dann liegt selbst bei Katastrophen das sogenannte Wegerisiko beim Arbeitnehmer, sodass er selbst dafür verantwortlich ist, pünktlich zur Arbeit zu erscheinen.

Frei bei Materialmangel. Von einer Betriebsstörung spricht man, wenn Unternehmen mangels Material die Produktion einstellen müssen. Werden Beschäftigte in solchen Fällen nach Hause geschickt, muss der Betrieb den Lohn weiterzahlen, da der Arbeitgeber das Risiko trägt.

Persönliche Gründe. Anders verhält es sich, wenn ein einzelner Arbeitnehmer aus ganz persönlichen Gründen kurzzeitig keine Arbeitsleistung erbringen kann. Wenn ihn daran keine Schuld trifft, behält er seinen Vergütungsanspruch. Zum Beispiel bei persönli-

chen Unglücksfällen wie Einbruch, Brand oder unverschuldeten Verkehrsunfällen. Aber auch familiäre Ereignisse wie die eigene Hochzeit, die Geburt des Kindes oder ein Begräbnis im engen Familienkreis befreien einen Beschäftigten von der Pflicht zur Arbeitsleistung. Die Tarifverträge der IG Metall regeln, in welchen Fällen und wie lange Metallerinnen und Metaller von der Arbeit fernbleiben dürfen. Wichtig ist immer, den Arbeitgeber sofort zu informieren. ■

+ TIPP

Information für Reisende

Mögliche Probleme wegen der Vulkanasche ergeben sich nicht nur im Arbeits-, sondern auch im Reiserecht. Das Bundesjustizministerium informiert auf seiner Internetseite Reisende über die Rechte bei Flugausfällen.

► www.bmj.de

→ Pressestelle

→ Pressemitteilungen

(vom 21. April)

Ausbildungsplätze 2010 weiter auf Talfahrt

Ein Drittel der Metallbetriebe will in diesem Jahr laut einer Umfrage der Industrie- und Handelskammern weniger Azubis einstellen. Besonders kleine und mittlere Betriebe sind betroffen. Die IG Metall will daher eine gemeinsame Initiative mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall für mehr Ausbildungsplätze starten.



Zahn technikerinnen in Ausbildung: Neue Lücken im Jahr 2010

Foto: Robert Kneschke / Fotolia.com

Gesamtmetall jedoch zögert noch. Es gebe keinen akuten Handlungsbedarf. Zwar liege die Zahl der neuen Ausbildungsverträge krisenbedingt leicht unter dem Vorjahr, zugleich gebe es aber auch weniger Schulabgänger.

Die IG Metall kritisiert diese Wartehaltung. »Die Arbeitgeber müssen endlich raus aus dem Kurz-

fristdenken«, fordert Regina Görner, IG Metall-Vorstandsmitglied für Jugend und Berufsbildung. »Wer heute nicht in Ausbildung investiert, steht ohne qualifiziertes Personal da, wenn die Krise vorbei ist. Die Arbeitgeber sägen an dem Ast, auf dem die Industrie sitzt. Das müssen wir verhindern.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

PRÜFSTAND

Stark, schnell, stromhungrig

Moderne Geräte wie Computer, Fernseher, Notebooks und Flachbildschirme werden immer leistungsfähiger. Gleichzeitig steigt jedoch auch ihr Stromhunger. Abgesehen von der Umweltbelastung wird der Stromverbrauch immer mehr zur finanziellen Belastung. Effiziente Geräte helfen sparen.

Verbrauch prüfen. Sucht man im Netz nach Stromspartipps, so hat man laut Umweltbundesamt mit dieser Suchanfrage acht Gramm CO₂ verursacht. Jährlich verschlingt die IT- und Telekommunikationstechnikbranche 55 Terrawattstunden, das entspricht der Leistung fünf großer Kohlekraftwerke oder 10 Prozent des gesamten deutschen Stromverbrauchs. 36 Megatonnen CO₂ werden ausgestoßen. Tendenz steigend.

Die Deutsche Energieagentur (DENA) hat für IT-, Haushalts- und Unterhaltungsgeräte den Verbrauch berechnet und übersichtlich aufbereitet. Passend zur eigenen Nutzung kann man die jeweils effizientesten Geräte finden. ■

Volker.Beck@igmetall.de

Top-Liste der DENA:

► www.topgeraete.de



Vor dem Kauf: Augen auf!
Niedriger Stromverbrauch schont
Umwelt und Geldbeutel.



Foto: Hannes Eichinger / Fotolia.com

Die Kuschelzeit ist viel zu kurz, sagen viele Väter.

Mehr Zeit fürs Kind

FAMILIE UND BERUF

Die Kurzarbeit ermöglicht Vätern mehr Zeit für die Familie, Eltern können Kinder und Beruf einfacher unter einen Hut bringen. Aber auch nach der Krise braucht es familienfreundliche Arbeitsbedingungen.

74,5 Prozent aller Männer wollen mehr Zeit für Familie und Privates. Das zeigte die große Umfrage im Rahmen der Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« im letzten Jahr. Das Elterngeld verdeutlicht diesen Trend ebenfalls: Jeder fünfte Vater nimmt für die Familie eine Auszeit. In Zukunft wird zudem der Bedarf an Pflegeauszeiten deutlich zunehmen.

Familienfreundlicher. Die traditionellen Arbeitsbedingungen passen nicht mehr. Als Väter wollen Männer ihre Arbeitsbedingungen anders gestalten. Ihr Ziel: Nicht weniger arbeiten, sondern

die Arbeitszeit flexibler gestalten. Oft sind Betriebe darauf nicht vorbereitet, es fehlt an entsprechenden Regelungen.

Gibt es verschiedene Modelle, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, so steigert das jedoch die Zufriedenheit und damit die Qualität der Arbeit. Auch der Chef profitiert, denn in familienfreundlichen Unternehmen bleiben Mitarbeiter länger.

Für familienfreundlichere Arbeitsbedingungen gibt es viele denkbare Optionen: Verkürzung der Arbeitszeit auf Wochen-, Monats-, oder Jahresbasis, Blockzeit, Arbeitszeitkonten mit

HINTERGRUND

Familiengerechter Arbeiten

Drei Beispiele für Betriebe mit familienfreundlichen Arbeitsbedingungen:

- 1. Daimler Wörth:** sehr flexible Arbeitszeitmodelle, Blockzeit, Kinderbetreuungsangebote und Möglichkeiten, mobil oder von zuhause zu arbeiten.
- 2. Airbus Hamburg:** Nach Bedarfsanalyse wurden spezielle Angebote mit dem Fokus auf Väter entwickelt, Teilnahme am Projekt »Innovative Personalentwicklung für Väter«.
- 3. AcelorMittal Bremen:** Kurze Elternzeit möglich, Unterstützung bei der Suche nach einer Kinderbetreuung für Kinder ab 9 Monaten.

großem Spielraum oder die Möglichkeit, von zuhause zu arbeiten. In der besonders problematischen Ferienzeit öffnet zum Beispiel bei Daimler in Wörth die »Kinderstadt Astropolis« für sechs Wochen ihre Pforten.

Auch wenn nicht jedes Beispiel übertragbar ist, so zeigen sie, wie moderne, familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Väter aussehen können. ■

Volker.Beck@igmetall.de

Mehr zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen:

► www.igmetall.de/arbeit_und_leben

Wie im wilden Westen

DER ANDERE BLICK

Die Spekulation mit Rohstoffen bedroht Zehntausende Arbeitsplätze und ist eine Gefahr für den wirtschaftlichen Aufschwung. Belegschaften machen dagegen mobil und protestieren mit dem Duisburger Appell gegen Rohstoffkartelle und gegen Finanzspekulant. Gastautor Torsten Sundmacher fordert staatliche Regulierungen.

Der Stahlindustrie droht nach der Konjunkturkrise die nächste Bewährungsprobe. Steigende Preise von 50 bis 100 Prozent, besonders für Eisenerz, treffen die Unternehmen in einer konjunkturell noch ungestabilen Situation. Die drei großen Bergbaukonzerne Vale, Rio Tinto und BHP Billiton, die rund 70 Prozent des Erzmarktes beherrschen, wollen alle drei Monate die Preise neu aushandeln, die sich am Spotmarkt – dem Markt auf dem auch Metalle gehandelt werden – orientieren sollen. Diese Preistreiber gefährdet Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie die Jobs der europäischen und damit der deutschen Stahlindustrie.

Die Bergbaukonzerne spielen ihre Marktmacht gegen die weit weniger stark konzentrierte Stahlindustrie aus, um höhere Preise

durchsetzen zu können. Auch die Spekulation mit Rohstoffen spielt eine gewichtige Rolle. Die nicht gleichlaufende Konjunktur in China und dem Rest der Welt ist eine weitere Ursache der Preisentwicklung. So hat sich die weltweite Nachfrage nach Eisenerz alleine durch China 2009 um zehn Prozent gegenüber 2008 erhöht, ohne dass

aufgrund der (erwarteten) Krise neue Förderkapazitäten erschlossen worden wären.

In der jetzigen Situation sollte die Stahlindustrie durchhalten und nicht kurzfristig und falsch reagieren. Jetzt eine schwierige Gewinnsituation zum Anlass zu nehmen, um Beschäftigung abzubauen, ist der falsche Weg. Mit einem sol-

chen Schritt verpasst man die Chance, beim nächsten Aufschwung dabei zu sein.

Wenn es um die Frage geht, ob durch die Erzlieferanten Marktmacht missbraucht wird und das Joint Venture von Rio Tinto und BHP Billiton die Situation zukünftig noch schlimmer macht, ist die europäische Wett-



Foto: Günter Reidick

Am Aktionstag im April forderten Stahlbeschäftigte in Duisburg ein Ende der Rohstoffspekulation.

HINTERGRUND

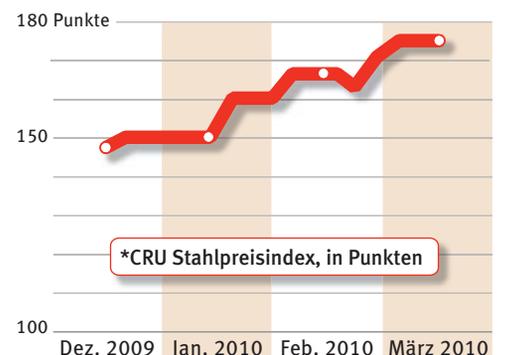
Erzpreise explodieren, Stahlpreise ziehen an

Preise für Eisenerz*



Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Preise für Stahl*



Quelle: Handelsblatt 2010

bewerbspolitik gefordert. Auf ein Wunder sollte niemand hoffen. Sicher ist, dass es keine Beseitigung von Marktmacht etwa durch Zerschlagung geben wird. Ebenso wie bei der Wettbewerbspolitik ist der Staat bei der Spekulation auf Rohstoffmärkten gefordert. Wichtig dabei ist, dass eine Absicherung von Rohstoffpreisschwankungen durch Termingeschäfte nicht verhin-

Kapital zur langfristigen Sicherung von Beschäftigung besser angelegt.

Durchhalten und auf den Staat hoffen – ist das alles? Sicher nicht. Denn auch bei anspringender Konjunktur und einer Eindämmung von Wettbewerbsverzerrungen bleibt das Problem der übergroßen Marktmacht weniger Erzlieferanten, von denen viele Stahlunternehmen voll und

Zum Autor

Torsten Sundmacher, Jahrgang 1968, ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler. Er ist Mitgründer des Beratungsunternehmens Sustain Consult, für das er seit 2001 tätig ist. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die internationalen Rohstoffmärkte, insbesondere der Stahl- und der Aluminiummarkt.



Foto: Privat

dert werden darf. Kurzfristige Preisschwankungen auf Rohstoffmärkten dürfen nicht dazu führen, dass Unternehmen ins Minus rutschen und die Beschäftigten dafür büßen müssen.

Verhindert werden müssen aber intransparente Absicherungen, die niemand durchschaut. Viele Rohstoffsicherungsinstrumente der Stahlindustrie sind gegenwärtig wenig transparent, sodass hier Gefahren lauern. Eine Standardisierung dieser Verträge ist eine Möglichkeit, für mehr Licht im Dunkel zu sorgen.

Risiko für Beschäftigung. Verhindert werden muss weiterhin eine Spekulation, die mit wenig oder keinem eigenen Risiko vielen anderen die Beschäftigung kosten kann. Gegenwärtig ist die Spekulation mit Rohstoffen der Wilde Westen der Finanzmärkte.

Solche negativen Effekte verhindert man am zuverlässigsten, wenn ein Spekulant für Rohstoffsicherungsgeschäfte Eigenkapital einsetzen müsste. Allerdings kostet eine solche Eigenkapitalhinterlegung natürlich auch etwas – auch die Stahlunternehmen, denn diese müssten ihre Sicherungsgeschäfte ebenso absichern. Doch hier wäre das

ganz abhängig sind. Einige sind es nicht wie zum Beispiel Voest Alpine, das eigene Vorkommen nutzt. Nun muss sicher nicht jedes Stahlunternehmen eine eigene Eisenerzmine betreiben. Die Möglichkeiten reichen von der Kooperation mit kleineren Erzlieferanten bis zur Bildung von Konsortien zur Erschließung neuer Lagerstätten. Hierzu gehören auch Aktivitäten wie der Einsatz eisenhaltiger Reststoffe.

Solche Maßnahmen senken die Rohstoffkosten und stärken die Standorte, die viel Wissen vorweisen können. Intelligenter produzieren geht in Europa – zumindest dann, wenn man das, was man hat, auch richtig nutzt. Und das, was man in besonderem Maße hat, ist das Wissen der Beschäftigten. ■

sundmacher@sustain-consult.de

Zu dem Thema erschienen ist **Wirtschaft aktuell** 03/2010 der **IG Metall**, abrufbar unter:

- ▶ www.igmetall.de,
- **Publikationen**
- **Wirtschaft aktuell**

Am 22. April haben Stahlarbeiter für faire Wettbewerbsbedingungen demonstriert.

- ▶ www.duisburger-appell.org

DAS STICHWORT

Arbeitslos

Offiziell sind in Deutschland rund 3,4 Millionen Menschen »arbeitslos«. Doch diese statistische Zahl der Bundesagentur für Arbeit (BA) sagt nur die halbe Wahrheit über das Ausmaß der Erwerbslosigkeit. Denn tausende Menschen, die berufstätig sein wollen, aber keine Arbeit haben, zählen nicht als »arbeitslos«.

Das sind:

- Rund 255 000 Jobsuchende in »Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen«, denen mit kurzzeitigem praxis- oder betriebsnahem Training der Berufseinstieg gelingen soll. Hinzu kommen Arbeitslose, deren Vermittlung die Arbeitsagenturen an Privatfirmen weitergegeben haben. Wie viele das sind, ist noch nicht erfasst;
- 224 000 Arbeitslose in Weiterbildungsmaßnahmen;
- Zigtausende Kranke, die die Behörde als nicht (mehr) vermittelbar einstuft;
- 350 000 Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind. Unter ihnen sind Menschen, die Arbeitslosen-

geld (ALG) II, in einigen Fällen auch noch ALG I, bekommen und aufgrund alter Sonderregelungen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen müssen. Hinzu kommen 58-Jährige, die mindestens seit zwölf Monaten kein Jobangebot mehr bekommen haben und schon mindestens ein Jahr ALG II erhalten; sie gelten als nicht mehr vermittelbar – und sind deswegen offiziell aus der Gruppe der »Arbeitslosen« gestrichen;

- 294 000 Ein-Euro-Jobber;
- 400 000 Menschen in der »stillen Reserve«: Das sind Arbeitslose, die sich nicht arbeitssuchend melden, weil sie keine Chance auf eine Stelle sehen.

Alle diese Gruppen zusammengerechnet zeigt sich: In Wirklichkeit sind über 4,6 Millionen Menschen arbeitslos. Über eine Million von ihnen wird kurzerhand aus der Arbeitslosenstatistik herausdefiniert – ein politisch gewollter Kniff, um die offizielle Arbeitslosenstatistik schöner erscheinen zu lassen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Je leiser, desto gesünder

ARBEIT UND GESUNDHEIT



Foto: LaneM / Fotolia.com

Auch sehr gut Ohrenschützer helfen nicht gegen Vibrationen.

Lärmschwerhörigkeit – von dieser Berufskrankheit sind Metallerinnen und Metaller überdurchschnittlich oft betroffen. Bereits ab 40 Dezibel (dB) ist die Konzentration gestört, ab 60dB steigt das Krankheitsrisiko, alles über 80dB schädigt das Ohr. Schweißen, schlagbohren und flexen sind lauter als 80dB. Der Arbeitgeber muss ab 85dB Lärminderungen vornehmen, aber einfach allen die gelben Ohrstöpsel zu verordnen reicht nicht aus. Gegen Schallwellen und Vibrationen, die auf den ganzen Körper einwirken, hilft nur die Schallisolierung der Lärmquelle, etwa durch leise Maschinen. ■



Metaller bei Dagro mit dem Betriebsratsvorsitzenden Stephan Rothe (ganz rechts)

Foto: Thomas Härtrich /transit

Mit Vollgas von 17 auf 230

DA GEHT WAS

Dagro, das größte Werk in Gera, war 2009 pleite. Jetzt müssen die 500 Beschäftigten Überstunden schieben. Bei der Rettungsaktion mischte die IG Metall kräftig mit – und überzeugte die meisten Beschäftigten, der IG Metall beizutreten.

An die 1990er-Jahre erinnert sich Matthias Beer von der IG Metall Gera ungern, wenn er an die Autozulieferfirma Dagro denkt. Es herrschten »autoritäre Strukturen«, Tarifverträge gab es nicht. Prämien und Löhne wurden nach Willkür gezahlt. Arbeitsschutz war ein Fremdwort. Beer erinnert sich an Klebstoffe, von deren Ausdünstungen die Arbeiter in den 1990er-Jahren »reihenweise umfielen«. Die IG Metall konnte dagegen wenig ausrichten. Sie bekam bei Dagro »kein Bein an den Boden«.

Das änderte sich 2009 – in der Krise, als die Commerzbank Dagro keine Kredite mehr geben wollte. Bevor Dagro in die Insolvenz geriet, fing die IG Metall an, den Betrieb

intensiv zu betreuen. Sie initiierte eine Betriebsratswahl und stellte sich auf Betriebsversammlungen vor. Der Betriebsrat wurde gewählt. Seine Mitglieder sind inzwischen allesamt in der IG Metall.

Auf dem Höhepunkt der Firmenkrise zogen 400 Beschäftigte, von der Gewerkschaft unterstützt, vor die Bank, prangerten sie an und

forderten sie auf, den Betrieb nicht sterben zu lassen. Das erzeugte so viel öffentlichen Wirbel, dass die Bank sich mit der Geschäftsführung, der IG Metall und Vertretern der Landesregierung an den Tisch setzte. Die Firma wurde gerettet. »Wenn die IG Metall nicht gewesen wäre, hätten sie uns über den Tisch gezogen und den Betrieb zer-



HINTERGRUND

Dagro Eissmann Automotive Gera

2009 drohten bei der Autozulieferfirma Dagro alle Beschäftigten ihre Stellen zu verlieren. Im Januar gab es einen erfolgreichen Neustart. Es gab schon über 150 Neueinstellungen. Produziert werden schicke und hochwertige Innenverkleidungen und -teile für Edelmarken: von Daimler, Audi, Bugatti, Lamborghini und VW.

stückelt«, ist Stephan Rothe überzeugt. Der 37-Jährige ist der Betriebsratsvorsitzende. Inzwischen läuft der Betrieb wieder so gut, dass über 150 Leute eingestellt werden konnten. Betriebsrat und IG Metall verhinderten, dass Leiharbeiter engagiert wurden. Die Neuen haben befristete Verträge.

Unzufrieden. Die IG Metall hatte 2009 bei Dagro 17 Mitglieder. Inzwischen sind 230 Beschäftigte in der Gewerkschaft. Sie kamen nicht alle von allein – die Metaller haben systematisch und offensiv um sie geworben und sie überzeugt, dass es Vorteile bringt, sich gemeinsam für bessere Verhältnisse im Betrieb zu engagieren.

»Alle waren unzufrieden mit der Lohnsituation«, berichtet Stephan Rothe. Über die schlechte und willkürliche Bezahlung vor allem, aber auch über die ungesunden Arbeitsbedingungen. Der neue Eigentümer, die schwäbische Firma Eissmann, ist nicht tarifgebunden. Aber die IG Metall verhandelt über einen Anerkennungstarifvertrag. Die Entgelte sollen stufenweise steigen und in fünf Jahren auf Tarifniveau sein. Ein Erfolg würde für die Beschäftigten bedeuten, künftig 200 bis 400 Euro brutto mehr im Monat zu haben. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Klick, klick, autsch!

TIPP FÜR DEN JOB

Computerarbeit gilt als körperlich leichte Tätigkeit. Doch immer mehr Beschäftigte leiden unter einem Mausarm – manchmal bis hin zur Berufsunfähigkeit.

Arbeit am Computer ist nicht so harmlos, wie es scheint: Dauerklicken der Maus mit demselben Finger kann die Sehnen und Muskeln im Hand- und Armbereich extrem belasten. Die Folge sind schmerzhafte Entzündungen in Daumen, Handgelenk und Unterarm – der sogenannte Mausarm. Im Englischen heißen die Beschwerden auch »Repetitive Strain Injury«, kurz RSI-Syndrom.

Krämpfe und Kribbeln. Die Symptome beim Mausarm sind vielfältig und reichen von Sehnen-scheidenentzündung über Muskelkrämpfe bis zu Kribbeln in den Händen und Taubheitsgefühl. Bei der chronischen Form des Mausarms wird schon das Heben einer Tasse zur Qual. Im Extremfall

können Beschäftigte ihren Beruf nicht mehr ausüben. Bei Büro-tätigkeit wird das RSI-Syndrom in Deutschland bis heute nicht als Berufskrankheit anerkannt. Einzige Ausnahme sind Berufe, in denen Beschäftigte mit schweren handgeführten Maschinen wie Presslufthammer und Schlag-

bohrmaschine arbeiten müssen. Für Büroangestellte ist deshalb Vorbeugung das A und O: Wichtig sind regelmäßig kleine Pausen und langsamer schreiben. Ein Wechsel der Maushand ist zwar gewöhnungsbedürftig, entlastet aber die Muskulatur. Wer mit dem Zehn-Fingersystem schreibt, verteilt die Belastung gleichmäßig auf alle Finger. Außerdem empfiehlt es sich, oft Tastaturbefehle, sogenannte Short-cuts, zu verwenden. Das spart Mausklicke.

Bei chronischem Leiden helfen alternative Eingabegeräte oder ergonomisch geformte Mäuse, etwa mit integrierter Handballenaufklappung. Eine Maus sollte zur Handgröße passen. Ist sie zu klein, verkrampfen die Finger. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

+ TIPP

Mausarm/RSI-Syndrom

Weitere Informationen und Tipps zum Einsatz ergonomischer Hardware gibt es unter:

► www.ergo-online.de

→ Gesundheitsvorsorge

→ Belastungen und Erkrankungen

→ RSI



Metaller und Staatspräsident

BLICK AUF DIE WELT

Die Ära von Präsident Lula geht zu Ende. Der Metaller und Gewerkschafter hat Brasilien vorangebracht.

Es gibt wenige Gewerkschafter, denen der Aufstieg in so hohe Ämter gelungen ist wie Luis Ignacio Lula. Vor acht Jahren wurde er Präsident von Brasilien. Lula brachte es vom Metallarbeiter zum Gewerkschaftsführer. Unter seiner Regierung haben Armut und Ungleichheit in Brasilien spürbar abgenommen. Viele halten Lula zugute, dass er



Foto: Ralf Hirschberger / dpa / pa

Lula steht für eine arbeitnehmerorientierte Politik. Und bekommt demnächst Besuch aus Deutschland.

nicht vergessen hat, wo er herkommt und dass er gewerkschaftliche Positionen in Politik umgesetzt hat. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, trifft jetzt in seiner Eigenschaft als Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) im Juni mit Lula zusammen. Lulas Amtszeit endet im Oktober diesen Jahres. ■



Jetzt ein *neuer Kurs*

KURS*wechsel*
FÜR DEUTSCHLAND

Zahlreiche Leserbriefe erreichten in den vergangenen Wochen die Redaktion. Der Grund: Die von Berthold Huber in seinem Buch angestoßene Debatte um einen »Kurswechsel« in Wirtschaft und Gesellschaft. Viele stimmten den Thesen zu. Einigen gehen die Forderungen nicht weit genug. Aber in einem waren sich Metallerinnen und Metaller einig: Sie wollen mehr über die Debatte und das Buch wissen. Deshalb hier die wichtigsten Positionen von Berthold Huber sowie Reaktionen von Metallerinnen und Metallern.

»Die Marktradikalen und die Neoliberalen machen einfach so weiter. Und ich bin entsetzt darüber, dass die Öffentlichkeit das so hinnimmt. Das war der Antrieb, weshalb ich dieses Buch geschrieben habe.«

**Berthold Huber, Erster
Vorsitzender der IG Metall**

Eine wichtige Botschaft gleich am Anfang: Vorrang haben die Sicherung und der Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, von Einkommen und der industriellen Substanz des Landes. Berthold Huber: »Um den freien Fall zu verhindern und um Handlungsfähigkeit zu bewahren, muss sichergestellt werden, dass nicht die Menschen mit dem Verlust ihrer Existenz für eine Krise zur Kasse gebeten werden, die andere auf der Jagd nach dem schnellen Profit verursacht haben.« Und genau das ist der Ausgangspunkt seines Buchs »Kurswechsel für Deutschland – die Lehren aus der Krise«.

Viele Menschen teilen in den Debatten mit Berthold Huber während der vergangenen Wochen seine These, dass es sich bei der aktuellen Krise nicht um eine »gewöhnliche« konjunkturelle Schwankung handelt. Es ist eine tiefe Krise des finanzmarktgetriebenen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. EZB-Chef Jean-Claude Trichet spricht von der vielleicht schwersten Krise seit 1914. Dieses marktradi-

kale Modell beschädigt die Demokratie, spaltet die Gesellschaft, untergräbt die natürlichen Lebensgrundlagen und bedroht die Existenz der Menschen. Darauf braucht die IG Metall Antworten. Wie finden wir einen Weg aus dieser Krise?

Das Buch analysiert die Finanzmarktkrise und welche Schlussfolgerungen nun zu ziehen sind. Die Euro-Krise und das Griechenland-Desaster haben dies wieder einmal deutlich ans Tageslicht geführt.

Zug um Zug wurden die politischen Kontrollen der Finanzmärkte abgebaut, der Markt sollte alles richten. Das Ergebnis: Eine verheerende politische und ökonomische Krise. »Wir warten seit Jahren auf eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte. Und was ist passiert? Nichts! Aber ohne Regulierung, wird es nicht gehen. Wir brauchen eine Finanzmarkttransaktionssteuer, und wir brauchen eine Beteiligung der Finanzmarktakteure an den Kosten«, sagt Berthold Huber.

Fortsetzung von Seite 19 »

Die Regulierung der Finanzmärkte ist aber nur eine Antwort auf die Fragen, die die Krise aufwirft: Wie rechtfertigt sich eine europäische Wirtschaftsordnung demokratisch? Wie werden die nationalen Parlamente in Entscheidungen von solcher Tragweite einbezogen? Haben die Mitgliedsländer Mitspracherechte, wenn es darum geht, die Sparmaßnahmen der betroffenen Länder festzulegen?

Gelebte Demokratie. Mehr Demokratie in allen Bereichen ist Berthold Hubers Antwort: »Wir brauchen ein demokratisch legitimes Instrument, das nicht nur die berechtigten finanziellen Interessen der EU-Länder vertritt, sondern auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Europa im Blick hat.«

Denn: Demokratie ist ja viel mehr, als wichtige Regeln wie freie, gleiche und geheime Wahlen zu gewährleisten. Demokratie muss weitaus stärker als bisher im Alltag gelebt und verbindlich erfahrbar sein. Zum Beispiel mit einer starken sozialen Selbstverwaltung sowie einem gerechten und auch leistungsfähigen Bildungssystem.

Uns droht sonst eine Entwicklung, in der die Demokratie nur noch eine Fassade ist. Nichtigkeiten werden in der Öffentlichkeit zur Schau gestellt. Angebliche Sachzwänge dürfen nicht angetastet werden. Während die Politik sich so selbst schwächt, stärkt sich daran die Wirtschaft. Die Wirtschaft füllt gerne dieses Vakuum, verschafft sich Gehör und liefert im Extremfall gleich fertige Gesetzesvorlagen. Erst durch die Einbeziehung der Betroffenen ist gute Politik im Sinne der Menschen überhaupt möglich.

Demokratie darf auch nicht vor dem Werkstor enden. Beschäftigte sollten nicht länger Rädchen im Getriebe der Unternehmen sein. Sie müssen auch an ihrem Arbeitsplatz

freie Menschen sein, die direkt und über eine wirksame Interessenvertretung mitbestimmen können.

Was dann möglich ist, unterstreicht das prominente Beispiel Volkswagen: ein Unternehmen, das jahrelang Zielscheibe der Wirtschaftspresse und der EU-Kommission war. Das VW-Gesetz mit den ausgeprägten Mitbestimmungsrechten für die Belegschaftsvertreter und die Stimmrechte des Landes Niedersachsen standen im Visier. VW galt als Gewerkschafts- und Staatskonzern. Nach der Glaubenslehre des Neoliberalismus hätte ein solcher Konzern keine Chancen. Das Gegenteil ist der Fall. Von dem erfolgreichen VW-Konzern können viele lernen, wie gut Mitbestimmung für einen Betrieb ist.

Soziale, marktwirtschaftliche Demokratie.

Unsere Gesellschaft braucht also mehr Demokratie in allen Bereichen. Passt dafür der Begriff »Soziale Marktwirtschaft« überhaupt noch? Ist er nicht bereits völlig abgegriffen und deshalb ungeeignet, um einen Gesellschafts-



■ *»Ich bin aus gesellschafts-politischen Gründen Gewerkschaftsmitglied. Die Gewerkschaften sind wichtiger Teil der Zivilgesellschaft und der Demokratie. In Zeiten von Globalisierung und Massenarbeitslosigkeit mehr denn je.«*

**Gerda Fürch,
Metallerin aus Berlin**

■ *»Die ganze Gesellschaft wurde – dies ist heute offenkundig und wurde von Berthold Huber zu Recht kritisiert – von den Geschäften der Führungsschichten des Finanzsektors abhängig.«*

Colin Crouch, Professor für Governance and Public Management an der University of Warwick

■ *»Ich begrüße die Diskussion über ein neues Gesellschaftsmodell. Einige Wissenschaftler sagen uns sogar in absehbarer Zeit einen weltweiten Zusammenbruch des bisherigen Wirtschaftssystems voraus und damit auch des politischen Systems, wenn wir unser jetziges nicht ändern.«*

Dieter Schmiere, Metaller aus Leipzig

Wie die Werte sich verändern

Eine jüngst erschienene Umfrage zeigt, wie sich die Haltung der Deutschen zu bestimmten Lebensbereichen verändert. Die Befragten konnten angeben, welche gesellschaftlichen Werte ihrer Meinung nach an Bedeutung gewinnen, verlieren oder gleich bleiben.

Zu Sicherheit sagen:

70 Prozent: wird wichtiger
3 Prozent: wird weniger wichtig

Zu Solidarität sagen:

46 Prozent: wird wichtiger
7 Prozent: wird weniger wichtig

Zu Luxus sagen:

18 Prozent: wird wichtiger
42 Prozent: wird weniger wichtig

entwurf zu beschreiben? Hubers Vision: eine »soziale, marktwirtschaftliche Demokratie«. Demokratie groß geschrieben, denn sie ist das Ziel. Marktwirtschaftlich klein geschrieben, denn sie ist das Instrument. »Sozial bedeutet für mich, die Menschen nicht länger den Zwängen des Marktes oder den Zufällen des Lebens zu überlassen, sondern ihnen durch einen solidarisch finanzierten und leistungsstarken Wohlfahrtsstaat Chancen zu ermöglichen und Teilhabe zu sichern.«

Der Staat besitzt in diesem Gesellschaftsentwurf eine wichtige Rolle. Er setzt Regeln, überwacht deren Einhaltung, lenkt den Wettbewerb in Richtung Qualität und Innovation, schiebt gesellschaftlich notwendige Entwicklungen an und setzt dem zerstörerischen Treiben an den Finanz- und Rohstoffmärkten ein Ende. Der Markt aber hat allenfalls noch Verteilungsfunktion. Seine Wirksamkeit kann getrost in Frage gestellt werden. Der Finanzmarkt hat die Grenzen der Marktwirtschaft deutlich gezeigt. Und auch in der Realwirtschaft hat der Markt versagt. Denn wo sind

beispielsweise die neuen Antriebssysteme für den Individualverkehr, deren Dringlichkeit angesichts der Endlichkeit fossiler Brennstoffe und der globalen Klimaerwärmung seit Jahrzehnten feststeht? Und wie konnte es passieren, dass in der Automobilindustrie gewaltige Überkapazitäten aufgebaut wurden? Nach der neoliberalen Lehre hätte der Markt die Kapitalströme rechtzeitig in andere Felder umleiten müssen.

Jetzt die Voraussetzungen schaffen. Eine Gesellschaft ist zu vielfältig, als dass sie allein von Marktmechanismen gesteuert werden könnte. Berthold Huber: »Die IG Metall muss Antworten finden, Wege suchen und jetzt Voraussetzungen schaffen, den Kurswechsel hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht nur zu beschreiben, sondern das Ruder auch tatsächlich umzulegen.« ■

■ *»Wir machen endlich klar: Es gibt keine wertvollen oder wertlosen Menschen. Nicht nur hinsichtlich des Lohns. Das sollten wir in den gesellschaftlichen Konditionen umfassend ausdrücken.«*

Reiner Trimborn, Metaller aus Wittmund

■ *»Wo alles zur Ware am Markt wird, verliert die Politik ihren Gegenstand, sie wird im Sinne des Wortes gegenstandslos.«*

Erhard Eppler, ehemaliger Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

■ *»Wir müssen zurück zu einer starken sozialen Marktwirtschaft, um die anstehenden Probleme wieder in den Griff zu bekommen. Es muss wieder faire Arbeitsbedingungen geben und das bedeutet, wir müssen die Arbeitgeber dazu zwingen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Ich freue mich über alles, was die Diskussion anregt.«*

Heiko Romahn, Metaller aus Duisburg

■ *»Nachdem die jetzige Bundesregierung nichts für die Besserung in diesem Lande unternimmt, außer aussitzen, ankündigen und abwarten, ist es wichtig, dass von anderen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften der Zug in Bewegung gesetzt und in die richtige Richtung vorangetrieben wird.«*

Manfred Zenger, Metaller aus Regensburg

■ *»Berthold Huber trifft bei mir als Familienvater einen Nerv. Wir brauchen Kurswechsel nötiger denn je. Ganz richtig ist, dass Anstand und Moral auf der Strecke geblieben sind und dass die Menschen Sicherheit brauchen. Deutschland muss eine Industriegesellschaft bleiben und diese ökologisch und nachhaltig umbauen.«*

Roland Kahl, Metaller aus Mettenheim

■ *»Am Ende des Tages geht es ja nicht nur darum, was man hat, sondern auch, wie man sich fühlt und ob man guten Gewissens in den Spiegel schauen kann.«*

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall

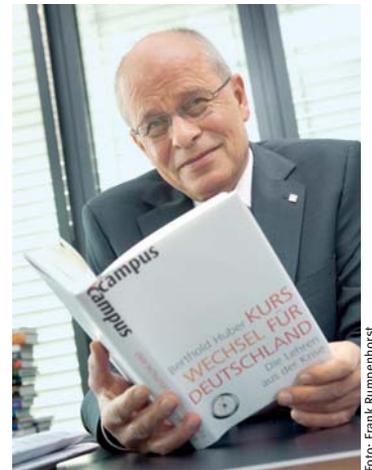


Foto: Frank Rumpenhorst

■ Informationen zum Buch von Berthold Huber:

»Kurswechsel für Deutschland – Die Lehren aus der Krise.«
Campus-Verlag, 255 Seiten.
24,90 Euro.
ISBN: 978-3-593-39104-5

■ Wie geht es weiter?

Das Buch ist erst der Auftakt. Die Kurswechsel-Debatte soll bis zum Gewerkschaftstag 2011 weitergehen. Alle Mitglieder können sich daran beteiligen, ab September zum Beispiel über eine Internetplattform unter www.igmetall.de/kurswechsel. Dort stehen auch jetzt schon mehr Informationen sowie Statements von Politikern aller Parteien zum Thema. Außerdem gibt es dort eine Presseschau mit aktualisierten Artikeln, Reden und Vorträgen zum Thema.

■ Leserbrief?

Die metallzeitung wird in den nächsten Ausgaben weitere Leserbriefe veröffentlichen. Bitte schreibt an: metallzeitung@igmetall.de
Betreff: Kurswechsel



KURSwechsel
FÜR DEUTSCHLAND

EINE DEBATTE.

Der Ball rollt wieder

DER RECHTSFALL

Am 11. Juni startet die Fußball-Weltmeisterschaft und viele Beschäftigte wollen ihre Mannschaft anfeuern. Doch welche Spielregeln gelten, wenn man während der Arbeitszeit Fußball gucken oder hören möchte?

Die meisten Beschäftigten haben bei der Arbeit keine Erlaubnis und Gelegenheit, Fernsehen zu gucken. Vielleicht macht der Arbeitgeber zur WM eine Ausnahme – er muss es aber nicht. Nur wer üblicherweise ein Fernsehgerät am Arbeitsplatz stehen hat, kann davon ausgehen, dass er auch während der Arbeitszeit nebenher einen Blick auf die Mattscheibe werfen darf.



Illustration TV: Botie / Fotolia.com

Zuhören erlaubt. Ist es Beschäftigten auch sonst erlaubt, am Arbeitsplatz Radio zu hören, dürfte es für den Chef keinen Grund geben, dies ausgerechnet während der WM zu verbieten. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat entschieden, dass Beschäftigte ihre Arbeitspflicht auch beim Radiozuhören ordnungsgemäß erfüllen. Und zwar dann, wenn sie konzentriert, zügig und fehlerfrei arbeiten. Deshalb stehen die Chancen gut, ein Radio auch während der WM genehmigt zu bekommen. Für das BAG zählt das Radiohören oder dessen Ver-

bot zur Ordnung im Betrieb, die mitbestimmungspflichtig ist. Will der Chef das Radio verbieten, hat der Betriebsrat mitzureden. Die gleichen Regeln gelten grundsätzlich auch für das Sehen und Hören via Internet. Zudem sollten Beschäftigte darauf achten, welche Vereinbarungen zur privaten Internetnutzung im Betrieb gelten.

Hoch die Tassen. Das fast obligatorische Bierchen zum Spiel hat am Arbeitsplatz nichts zu suchen. Selbst wenn es zur WM eine Ausnahme im Betrieb gibt, sollten Metaller aufpassen, keinen über den Durst zu trinken. Auch Restalkohol vom Vorabend kann sich auf die Arbeitsleistung auswirken, sodass in beiden Fällen arbeitsrechtliche Konsequenzen drohen können. Gleiches gilt für die Kleiderordnung: Auch während der Meisterschaft müssen Beschäftigte ihre persönliche Schutzausrüstung tragen oder sich branchenüblich kleiden. Das Fan-Trikot also besser erst nach Feierabend überziehen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de



HINTERGRUND

Gebühren für Privatgeräte

Wer sein privates Rundfunkgerät am Arbeitsplatz aufstellt, muss die sogenannte GEZ-Gebühr zahlen. Und zwar selbst dann, wenn bereits in der Privatwohnung ein Gerät gemeldet ist. Das gilt auch dann, wenn man es unregelmäßig zur Arbeit mitnimmt.

Mehr

ZU BESUCH BEI MARTIN KUCKEL

»Arbeitsplätze für Schwerbehinderte schaffen? Das geht auch in der Krise!«, sagt der Vertrauensmann der Schwerbehinderten im Ford-Ersatzteilzentrum Köln, Martin Kuckel. Er muss es wissen, bei Ford ist das vielfach geglückt.

In Kuckels Büro hängt ein berühmtes Gemälde von Michelangelo: Es zeigt zwei ausgestreckte Hände, deren Zeigefinger sich fast berühren. »Die Hand zu reichen, um zu helfen, ist eine schöne Geste«, sagt Martin Kuckel. Der 55-Jährige, von Beruf Meister für Lagerwirtschaft und Logistik, ist seit 2006 Schwerbehinderten-Vertrauensmann. 100 der 1300 Beschäftigten im Ersatzteilzentrum von Ford in Köln-Merkenich sind schwerbehindert, er selbst nicht. Er versucht, dieses Wort zu vermeiden, spricht lieber von »Menschen mit anderer Gesundheit«.

Normale Kollegen. Martin Kuckel betont die Normalität: »Schwerbehinderte sind Kollegen. Wir müssen sie nicht integrieren, sie sind längst Teil der Belegschaft. Soll heißen: Sie sind meist nicht als Schwerbehinderte zu uns gekommen, sondern während ihrer Berufstätigkeit schwerbehindert geworden – durch Unfall oder Krankheit, geistig oder körperlich. Sie sind motorisch stark eingeschränkt, manche sind sogar fast blind oder gehörlos.«

Der Rasenflitzer

DAS PRODUKT

Mit dem PowerMax 42E von Gardena kann der Gartenbesitzer mit 1700 Watt über das Grün flitzen. Je nach Wunsch lässt sich die Schnitthöhe auf fünf Stufen verstellen. Und weil er so wendig ist und ergonomische Griffe am Bügelschalter hat, hat er sogar einen Designpreis ergattert. Die Metallerinnen und Metaller an den deutschen Gardena-Standorten haben auch etwas ergattert: Nämlich viel mehr Sitze im Betriebsrat als im letzten Wahldurchgang. PS: Wer auf Seite 31 miträtselt, kann den PowerMax gewinnen. ■



Foto: Gardena

als ein Job



Martin Kuckel, Schwerbehinderten-Vertrauensmann bei Ford Köln

Foto: Jürgen Seidel

Barrierefreies Arbeiten. Laut Grundgesetz darf niemand wegen einer Behinderung benachteiligt werden. So steht's auch in der Integrationsvereinbarung von Ford. Behinderte haben Anspruch auf gleichberechtigte, barrierefreie Teilhabe am Arbeitsleben, nachzulesen auch im Sozialgesetzbuch IX. So steht's auf dem Papier.

Jedes Unternehmen muss fünf Prozent seiner Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzen, doch viele kaufen sich davon frei, zahlen stattdessen eine Ausgleichsabgabe. Der Kölner Ford-Standort nicht.

Gemeinsam mit Betriebsrat, Geschäftsführung und dem Integrationsamt des Landschaftsverbandes sorgte Martin Kuckel dafür, dass in der Packerei von Ford 35 Arbeitsplätze für Schwerbehinderte entstanden sind.

Früher wurden diese Verpackungsarbeiten von Fremdfirmen erledigt, jetzt machen das die eigenen Leute. Weitere 16 Arbeitsplätze entstehen gerade; Autoschlüssel sollen künftig von Schwerbehinderten an Fräsmaschinen produziert werden.

Für Joachim Kurscheid, den Personalleiter des Ersatzteilzentrums, ist das »keine karitative Angelegenheit – wir verdienen Geld mit dem Geschäft und den Leuten!«.

Reingewachsen. Der Metaller Martin Kuckel geht voll in seiner Arbeit auf, seine Funktion ist für ihn weit mehr als nur ein Job.

Er hatte sich 2006 wählen lassen »ohne genau zu wissen, was alles auf mich zukommt«. Kuckel arbeitete sich ein, besuchte IG Metall-Seminare und eignete sich alles nötige Wissen an, lernte seine schwerbehinderten Kollegen kennen, besuchte die Fachleute im Fürsorgeamt und im Landschaftsverband, brachte sie an einen Tisch, machte sie mit Betriebsrat und Werksleitung bekannt.

Früher bot der Schwerbehindertenvertrauensmann bei Ford eine Sprechstunde in der Woche an; Kuckels Büro steht ständig offen.

»Die Woche«, sagt er, »könnte einen Tag mehr haben.«

Martin Kuckel hat viel Respekt vor dem Amt des Schwerbehindertenvertrauensmanns; man trägt große Verantwortung, sagt er. Verantwortung für Menschen, die Schicksalsschläge erlitten haben, deren Leben aus der Bahn geworfen wurde, die sich im Berufsleben wieder zurechtfinden müssen.

Doch ihnen kann er – und das ist der springende Punkt für Martin Kuckel – »nicht nur gut zureden, sondern konkret helfen«. Ihnen, die es nicht so gut haben im Leben, die Hilfe brauchen. Nicht nur im Großen, mit einem Arbeitsplatz, sondern viel häufiger im Kleinen – wenn er beispielsweise einen schwerbehinderten Kollegen beim Behördengang begleitet, ihm die Hand auf die Schulter legt und spürt, wie dessen Angst verschwindet. ■

Norbert.Huesson@t-online.de



HINTERGRUND

SBV-Wahlen 2010

»Dein Kreuz für Dein Rückgrat« – So lautet das Motto der Wahl zur Schwerbehindertenvertretung (SBV) 2010.

- Die SBV besteht aus einer Vertrauensperson und einem Stellvertreter oder einer Stellvertreterin. SBVs gibt es, wo fünf oder mehr Schwerbehinderte arbeiten.
- Schwerbehindertenvertreter vertreten die Interessen der schwerbehinderten Beschäftigten im Betrieb. Sie tragen dazu bei, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern; kümmern sich um Integration, Rehabilitation und Verhütung von Behinderungen (Prävention).
- Die Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung finden vom 1. Oktober bis zum 30. November 2010 statt.

AKW-Probleme lassen sich nicht verbuddeln

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Franziska Brauer hat sich bisher vor allem in ihrem Betrieb engagiert. Jetzt hat sie zum ersten Mal bei Aktionen gegen Atomenergie mitgemacht.



Foto: Cordula Kropke

Metallerin Brauer, 32, ist Industriekauffrau bei Sterling Sihl in Itzehoe und stolz auf Tandemsprung und Anti-Atom-Kette.

Die IG Metall hat die Anti-Atom-Kette am 24. April an der Küste tatkräftig unterstützt. An ihr waren 120 000 Menschen beteiligt. Du auch. Was hast Du gemacht?

Franziska Brauer: Ich gehörte zu einer Gruppe von neun Fallschirmspringern. Wir sind aus 4000 Meter Höhe abgesprungen und direkt vor der Menschenkette gelandet: am Deich in Büttel, in der Nähe des Atomkraftwerks Brunsbüttel. Es war toll, die lange Kette aus der Luft zu sehen. Und das Gejohle der Demonstranten zu hören, als wir landeten. Ein echtes Erlebnis. Es war mein erster Fallschirmsprung. Wir hatten vor dem Start eine kurze Einweisung und Trockenübung, das war alles. Ich war ziemlich nervös. Aber es ging alles gut.

Du warst zum ersten Mal bei einer Aktion gegen Atomenergie dabei. Warum?

Brauer: Weil Atomtechnologie gefährlich ist und die Entsor-

gungsprobleme nicht gelöst sind. Der Millionen Jahre strahlende Müll wird einfach in der Erde verbuddelt und künftigen Generationen hinterlassen, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Menschen und die Umwelt. Obwohl es die Alternativen gibt: erneuerbare Energien, wie Wind und Sonne. Ich finde, wir müssen mit Protesten verhindern, dass Unionsparteien und FDP die Laufzeiten verlängern und den Ausstieg aus der Atomenergie wieder in Frage stellen.

Würdest Du demnach auch in Zukunft bei Aktionen gegen Atomkraftwerke mitmachen?

Brauer: Grundsätzlich ja. Aber ich denke auch immer daran, wie es sich auf die Arbeitsplätze auswirkt, wenn AKWs abgeschaltet werden. Ich habe es selbst schon viermal erlebt, wegen Konkurs oder Schließungen den Arbeitsplatz zu verlieren. Darum kann ich die Ängste der Betroffenen sehr gut nachvollziehen.

Und was heißt das für Dich?

Brauer: Ich denke, wenn die Laufzeiten enden, gibt es erst mal weiter Arbeit: Die AKWs müssen abgebaut werden. Die jetzigen Beschäftigten werden wohl die nächsten Jahrzehnte noch gebraucht. Aber es ist wichtig, dass die Kollegen, deren Arbeitsplätze von der Atomenergie abhängen, auch eine Zukunftsperspektive haben, in anderen Bereichen. Wir müssen uns alle gemeinsam für gute Lösungen einsetzen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



Fürs Alter vorsorgen

GUTER RAT

Viele fühlen sich bei der Planung ihrer Rente und Altersvorsorge überfordert. Vor allem junge Menschen wissen selten über passende Angebote Bescheid und verschenken bares Geld.

Wie erfahren Beschäftigte die Höhe ihrer späteren Rente, um dann eine zusätzliche Altersvorsorge zu betreiben?

Wer das 27. Lebensjahr vollendet und mindestens fünf Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt hat, erhält von der Deutschen Rentenversicherung jährlich eine Übersicht, mit allen Informationen über die voraussichtliche Rentenhöhe.

Wie funktioniert das Prinzip der Riester-Rente?

Riester lässt sich sowohl mit privatem Vertrag als auch mit einer betrieblichen Altersvorsorge.

Bei der Riesterförderung werden die Vorsorgebeiträge aus dem Netto-Entgelt entnommen. Auf die Vorsorgebeiträge sind also schon Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt worden. Dafür erhält man direkte staatliche Zulagen – also eine Förderung dieser Altersvorsorge. Voraussetzung ist ein Sparbeitrag von vier Prozent des Bruttoeinkommens des Vorjahres.

Sparstrumpf, Matratze oder doch lieber riestern? Wer fürs Alter vorsorgen will, hat oft die Qual der Wahl, eine richtige Sparanlage zu finden.

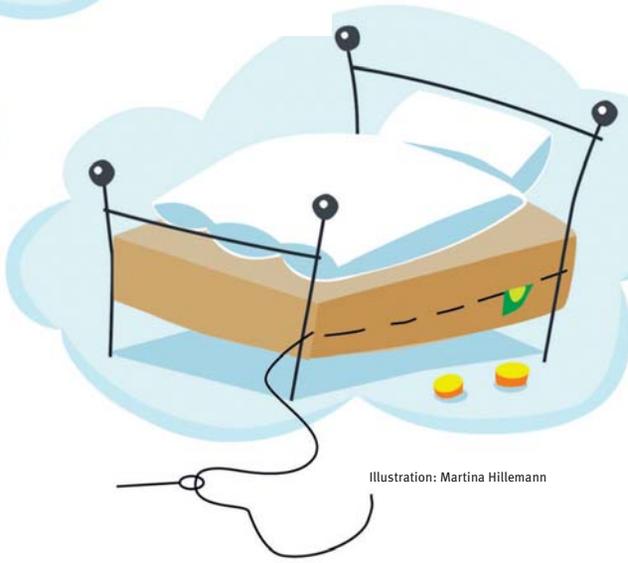


Illustration: Martina Hillemann

Angenommen, jemand hat 2009 ein Bruttoeinkommen von 30000 Euro erzielt, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Diese Person muss 2010 inklusive der Zulagen einen Betrag einzahlen, der vier Prozent vom Vorjahresbruttoentgelt entspricht, hier also 1200 Euro. Dafür erhält man vom Staat 154 Euro Grundzulage pro Jahr sowie eine Kinderzulage von 185 Euro für jedes Kind. Für Kinder, die ab 2008 zur Welt kamen, gibt es sogar 300 Euro Zulage.

Wer vor seinem 25. Geburtstag einen Riester-Vertrag abschließt, dem zahlt der Staat sogar einmalig den sogenannten Berufseinsteiger-Bonus, 200 Euro.

Auch bei der betrieblichen Riester-Variante geht ein Teil des Nettoeinkommens in die Vorsorge. Hier aber auf ein Betriebsrentenkonto. Zudem kümmert sich der Arbeitgeber um den ganzen Papierkram.

Wie funktioniert die Brutto-Entgeltumwandlung?

Hier verzichtet der Arbeitnehmer auf einen Teil seines Bruttogehalts. Dafür legt der Arbeitgeber dieses Geld in einer betrieblichen Altersvorsorge an.



HINTERGRUND

Jugendstudie zur Vorsorge

Metall-Rente, das Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall, befragten 2500 junge Erwachsene im Alter zwischen 17 und 27 Jahren zum Thema Jugend, Vorsorge und Finanzen. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Die junge Generation ist grundsätzlich bereit, selbst in die Altersvorsorge zu investieren. Gleichzeitig erwartet sie, dass der Staat sie bei ihrer Vorsorge fürs Alter nicht im Stich lässt.
- Mehr als ein Drittel fühlt sich in Vorsorgefragen überfordert und hält sie für zu kompliziert. Viele schieben die Vorsorge daher auf die lange Bank.
- Zu wenige nutzen die betriebliche Altersvorsorge. Wer sie nutzt, zahlt einen viel zu geringen Betrag ein oder passt diesen während der Laufzeit selten dem tatsächlichen – in der Regel höheren – Einkommen an.

Wer Entgelt umwandeln will, muss mindestens 220 Euro im Jahr ansparen. Steuer- und sozial-abgabenfrei sind höchstens 2640 Euro im Jahr, steuerfrei weitere 1800 Euro.

Als Faustformel gilt: Wer im mittleren Einkommensbereich liegt und zwei Kinder hat, für den ist die Riesterverförderung günstiger. Für Alleinstehende ohne Kinder lohnt sich eher die Brutto-Entgeltumwandlung.

Was ist, wenn sich die Einkommensverhältnisse ändern, zum Beispiel, weil es für die Kinder kein Kindergeld mehr gibt?

Für Beschäftigte, für die der IG Metall-Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung gilt, ist der Wechsel zwischen den Förderwegen kein Problem. Metall-Rente, das gemeinsame Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall, bietet beide Förderarten an.

Personen, für die sich Riestern nicht mehr lohnt, können auch nur Mindestbeiträge für den Vertrag aufwenden (jährlich 60 Euro) und mit einem neuen Vertrag die Entgeltumwandlung beginnen.

bleiben Ansprüche aus einer Betriebsrente beim Jobwechsel erhalten?

Ob Jobwechsel oder Arbeitslosigkeit: Alle Beiträge, die der Arbeitnehmer per Entgeltumwandlung selbst für eine Betriebsrente einzahlte, bleiben ihm.

Für arbeitgeberfinanzierte Beiträge tritt die Unverfallbarkeit erst ein, wenn der Vertrag mindestens fünf Jahre läuft und der Arbeitnehmer das 30. Lebensjahr vollendet hat. Für Verträge ab 2009 wurde dieses Mindestalter auf 25 Jahre gesenkt. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr zu den Produkten des Versorgungswerks unter:

► www.metallrente.de
→ Ihre Ratgeber

IN KÜRZE

Regine-Hildebrandt-Preis

Der Wuppertaler Verein »Tacheles« hat den Regine-Hildebrandt-Preis 2010 erhalten. Der Verein setzt sich für die Rechte von Erwerbslosen ein. Die Stiftung Solidarität zeichnete Tacheles für die Sozialberatung eines Stadtteils aus, das sich zu einem unentbehrlichen nationalen Netzwerk für sozial Benachteiligte entwickelt hat. Weitere Preisträger sind Rita Süßmuth sowie der Verein »Gemeinsam gegen Kälte«. ■



Foto: Volker Beck

Gewinner zu Besuch

Die Sieger des Arena-Fotowettbewerbs besuchten am 7. Mai Frankfurt. Anna Wichert und Gabriele Rugalla aus Unna und Holger Bischoff mit Sohn Jonathan aus Bremen bekamen eine Führung durch die Redaktion. Nach einer Schifffahrt auf dem Main ging es zur Ausstellung »digitale Bildfälschungen« im Museum für Kommunikation. Dort versüßten Frankfurts beste Brownies den Besuch. ■

»Rollstühle für Haiti«

Der Betriebsrat von Meyra-Ortopedia in Kalletal hat 1000 Gehhilfen und Rollstühle an ein Kinderkrankenhaus in Haiti gespendet. Um noch mehr Förderer und Unterstützer für das Projekt zu finden, rief der BR die Aktion »Rollstühle für Haiti« ins Leben. Weitere Informationen gibt es bei Hans Mielke, E-Mail: Betriebsrat@Meyra.de. ■



Foto: FMZ

David Haufe, früher schlechter Schüler, heute guter Auszubildender bei Miele. Die Chance bekam er durch ein Förderprogramm im Betrieb nach IG Metall-Tarifvertrag.

+ TIPP

Chancen für Schulfuffel

Schlechte Noten – zu spät durchgeblift? Hier kann es doch noch Chancen auf eine Ausbildung geben:

■ Frag die IG Metall vor Ort

Einige Betriebe, insbesondere solche, in denen sich starke IG Metall-Betriebsräte einsetzen, bieten Ausbildungsplätze speziell für schwächere Schüler. Deine IG Metall-Verwaltungsstelle hat Kontakte. Zudem gibt es zahlreiche regionale Projekte, an denen die IG Metall beteiligt ist.

■ Berufsvorbereitung, Berufgrundbildungsjahr

Es gibt spezielle Programme, in denen Schulabgänger ihre Ausbildungsfähigkeit erhöhen können. Infos und Anbieter unter:

► www.good-practice.de

■ Schnupperpraktika

Hier findet ihr Metall-Ausbildungsbetriebe:

► www.me-infomobil.de

■ Chancen für Migranten

Beratung und Angebote:

► www.jmd4you.de

Ausbildungsreif

FÖRDERUNG FÜR SCHULABGÄNGER

Seit Jahren klagt die Wirtschaft über »ausbildungsunreife« Schulabgänger und pickt trotz Fachkräftemangel nur Bewerber mit guten Noten heraus. Doch mit Förderung können auch schlechte Schüler eine gute Ausbildung machen.

David Haufe war kein guter Schüler. Hauptschulabschluss, schlechte Noten, viele Fehlzeiten. Doch heute macht er eine gute Ausbildung als Elektroanlagenmonteur beim Waschmaschinenhersteller Miele in Gütersloh.

Seine Chance bekam David durch den »Tarifvertrag zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit« (TV FAF), den die IG Metall in Nordrhein-Westfalen vor zwei Jahren durchgesetzt hat: Die Schulabgänger durchlaufen vor Beginn der Ausbildung ein Förderprogramm im Betrieb, bis zu einem Jahr, mit Vergütung. Dort lernen sie neben Fachkenntnissen selbstständig und

zuverlässig zu arbeiten. Miele bot eine FAF-Stelle an. David bewarb sich und wurde genommen. Neun Monate lang bereitete er die Arbeitsmittel der Azubis vor und verdrahtete Waschmaschinenmodelle für die Arbeitsplanung.

»In den neun Monaten hat sich bei mir viel in der Einstellung geändert«, sagt David. »In der Schule wusste ich noch nicht, wie wichtig das alles für meine Zukunft ist.«

Leistungsmäßig gibt es heute keine Unterschiede mehr zwischen David und den anderen Azubis, das bestätigen die Ausbilder.

»Es macht einfach mehr Spaß, wenn die Fächer berufsbezogen

sind. Da weißt du, wofür du lernst«, erklärt David. Seiner Meinung nach gibt es noch viel mehr Hauptschüler, die es wie er einfach noch nicht »gecheckt« haben – die aber durch einen Anstoß aus dem Betrieb durchaus eine Ausbildung auf diesem Niveau machen können.

Seltene Erfolgsmodell. Die Geschäftsführung und der Betriebsrat bei Miele in Gütersloh sind sich einig: Das Modell »TV FAF« funktioniert. Seit April ist ein neuer »FAFling« im Betrieb.

Doch insgesamt nutzen die Betriebe den TV FAF noch zu wenig, sagt Thomas Hay, Bezirks-

sekretär der IG Metall NRW. »Daher starten IG Metall und der Metallarbeitgeberverband NRW nun ein Projekt für mehr FAFlinge.«

Denn auch die Arbeitgeber erkennen: Die Zeiten, in denen mehr Bewerber als Ausbildungsplätze da waren, sind bald vorbei. Sie werden auch die weniger guten Schüler brauchen, um ihren Fachkräftebedarf zu decken. Nach und nach entstehen deshalb bundesweit Pilotprojekte. Auch die Politik hat begriffen und baut jetzt ein Netz von 3200 ehrenamtlichen Bildungslotsen für den Übergang von der Schule zum Beruf auf. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Fachdeutsch für Schweißer

BILDUNG INTEGRIERT

Bei HDW absolvieren Kollegen mit Migrationshintergrund Deutschkurse zur Vorbereitung auf Schweißer-Prüfungen. Im U-Boot-Bau sind diese Prüfungen seit einiger Zeit Pflicht.



Foto: Christian Hager / dpa / pa



Foto: Thomas Koehler / photothek.net



Foto: Carsten Riederer / dpa / pa

Mit »Deutsch am Arbeitsplatz« topfit zur Schweißerprüfung.

Obwohl die Beschäftigten bei der Kieler HDW-Werft zum Teil seit Jahrzehnten anspruchsvollste Schweißarbeiten im U-Boot-Bau durchführen, müssen sie seit einiger Zeit dafür eine schriftliche Prüfung absolvieren. Die darin verwendete Fachsprache ist für deutsche Muttersprachler schon nicht einfach, die Prüfung stellt Kolleginnen und Kollegen mit Deutsch als Zweitsprache vor

große Probleme. Die möglichen Konsequenzen: Ohne Schweißer-Zertifikat droht der Verlust des Arbeitsplatzes, der Werft gehen erfahrene Facharbeiter verloren.

Gemeinsamer Erfolg. Auf einem Seminar des Migrations-Ausschusses im Bezirk Küste kam der Kontakt zu »Passage« zustande. Der Hamburger Verein ist Mitglied im Kompetenzzentrum Pro

Qualifizierung und bietet arbeitsplatzbezogene Deutschkurse an. Gleichzeitig gelang es dem Betriebsrat, die Personalleitung von HDW von der Notwendigkeit der Kurse zu überzeugen.

Alle Schweißer mit Migrationshintergrund werden auf Kosten von HDW weitergebildet. Die Fortbildungen sind individuell auf den Einzelnen zugeschnitten. Damit die Arbeit läuft, finden die Weiterbildungen nach der Arbeitszeit statt. Die Zeitgutschriften kann man später ausgleichen.

Im Migrationsausschuss finden bereits Überlegungen statt, das Modell auf andere Branchen, Betriebe und Bezirke auszuweiten. »Die Vorarbeit ist geleistet, jetzt geht es darum, den Ansatz weiter zu verbreiten«, erklärt Barbara Winkler, Betriebsrätin bei Motorola, Mitglied im Migrationsausschuss Bezirk Küste und vereidigte Dolmetscherin. ■

Volker.Beck@igmetall.de

Lernmaterial, Netzwerke und Ratgeber zum Thema »berufsbezogener Zweitsprachunterricht«:

► www.deutsch-am-arbeitsplatz.de

Streiken für ein besseres Studium

Die Studierenden streiken wieder: für bessere Studienbedingungen – und gegen Studiengebühren und ausufernde Arbeitsbelastung. Vorläufiger Höhepunkt des Bildungsstreiks ist der bundesweite Aktionstag am 9. Juni.

Die Lage an den Unis und Fachhochschulen hat sich in den letzten Jahren durch Reformen

deutlich verschärft. Dies bestätigt die neue Sozialerhebung des Studentenwerks, zu der über 16 000 Studierende befragt wurden: immer weniger Zeit, bei gleichbleibendem Lernstoff und immer mehr Prüfungen. Zugleich sorgen Studiengebühren dafür, dass immer mehr Studierende trotz der höheren Arbeitsbelastung auf

Nebenjobs angewiesen sind. Das Resultat: Studieren wird für Schulabgänger aus sozial schwachen Familien und Arbeiterfamilien immer schwerer.

Die IG Metall unterstützt den Bildungsstreik sowie die zahlreichen lokalen Bündnisse. Sie fordert sozial offene und berufspraxisnahe Hochschulen. ■

IN KÜRZE

Stipendium abgabenfrei

Studenten müssen für ein Stipendium keine Beiträge an die Sozialversicherungen zahlen. Das gilt auch für Studienzeiten, in denen sie ein berufsbezogenes Praktikum absolvieren. Schreibt die Studienordnung ein solches Praktikum vor, zählen sie nicht zur beruflichen Weiterbildung. Der Betrieb muss daher auch keine Beiträge zur Sozialversicherung zahlen (BSG, 1. Dezember 2009 – B 12R 4/08 R). ■



Foto: 1Goal

Jerôme Boateng vom HSV unterstützt das Projekt »1Goal«.

Tore für Bildung

Bis zum Jahr 2015 soll jedes Kind auf der Welt ein Recht auf Bildung und den Besuch einer Schule haben. Auf dieses Ziel der Vereinten Nationen macht die Initiative »1Goal – Bildung für alle« aufmerksam, die die Fifa und die Globale Bildungskampagne zur Fußballweltmeisterschaft ins Leben gerufen haben. www.join1goal.org. ■

Agentur bezahlt Reise

Wer sich auf eine Stelle im EU-Ausland bewirbt, dem erstattet die Arbeitsagentur die Kosten, etwa für die Fahrt zum Bewerbungsgespräch. Es sei denn, der Arbeitgeber im anderen Land hat ihn aufgefordert, sich vorzustellen; dann zahlt er. Das alles steht in § 45 Abs. 2 SGB III. Wichtig ist: die Kostenübernahme vor der Reise bei der Agentur beantragen. Und: die Kosten nachweisen. ■

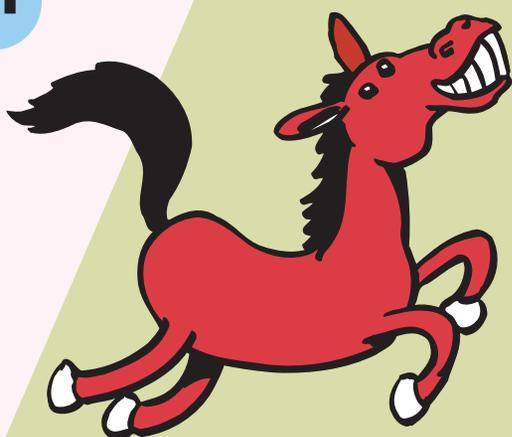
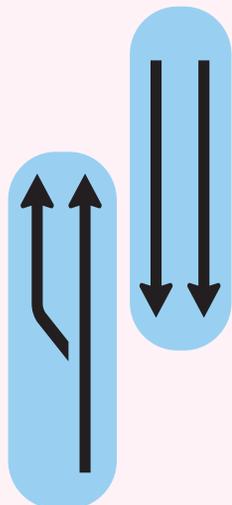
Griechische Verhältnisse -
wär' doch super, da würd' ICH
gar keine Steuern zahlen!



POLO

Karikatur: André Poloczek

Rätsel

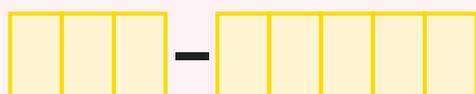


11



Die farblich zueinander passenden Illustrationen ergeben jeweils einen Begriff aus der Welt des Fußballs.

Lösungen



Bitte die vier Lösungswörter bis **23. Juni 2010** unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Die Gewinne im Juni



Foto: Gardena

1. Preis:
Ein Gardena Elektro-Rasenmäher Power Max 42 E

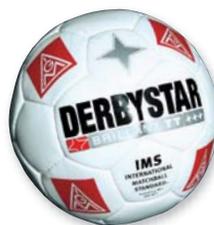


Foto: Michael Schinke

2. Preis:
Ein IG Metall-Fußball »Derbystar«



Foto: Michael Schinke

3. Preis:
Ein Kapuzen-Sweatshirt »Operation Übernahme«, plus CD und Pfeife